



### Um die Krankenversicherung Beginn der Reichstagsberatungen

D. Am Dienstag ging der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags an die Beratung der Vorlage zur Reform der Krankenversicherung. Es handelt sich um eine Doppelvorgabe, da der Reichsrat in einer Reihe von Punkten von der Regierungsvorlage abwich. Der bisher hinter den Kulissen sehr geführte Kampf um die Gestaltung der Vorlage wird nunmehr vor der breiten Öffentlichkeit weitergeführt. Von den Beschlüssen des Sozialpolitischen Ausschusses hängt im wesentlichen das Schicksal der Krankenversicherung ab. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat daher vor dem entscheidenden Kampf im Reichstag sich zum Wort gemeldet. In einer am Montag angenommenen Entschließung wendet er sich mit schärfstem Protest gegen den Plan, durch einen Abbau der Leistungen jährlich 300 bis 400 Millionen Mark einzusparen zu wollen. Die Entschließung lautet:

Die Reichsregierung hat einen Gesetzentwurf zur Reform der Krankenversicherung vorgelegt, der den entscheidenden Widerspruch aller Beteiligten, an der Krankenversicherung positiv interessierten Kreise hervorrufen muß. Wegen der klar geäußerten Ansicht der Regierung, mit diesem Entwurf nicht etwa dem sozialen Fortschritt und den Interessen der Versicherten dienen zu wollen, sondern durch einen Abbau der Leistungen jährlich den Betrag von 300 bis 400 Millionen Mark zu sparen, legt der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes den schärfsten Protest ein. Er weist mit Nachdruck auf die unabweisbaren Schäden für die Volksgesundheit hin, die sich insbesondere aus der finanziellen Belastung der Versicherten bei Inanspruchnahme von Heilung und Rehabilitation ergeben würden. In der durch Einhaltung der Arbeitsgeber und Versicherungsbedürftigen erzwungenen Beitragssteigerung ergibt der Bundesvorstand den planmäßigen Versuch, die Rechte der Versicherten in den Krankenkassen zu beschränken und den Ausbau der Leistungen zu verhindern. Die Vorschläge zur Neuorganisation des bestehenden Systems und zur Bekämpfung der Verschlechterung in den Krankenkassen müssen als völlig ungenügend bezeichnet werden. Ziel einer von sozialpolitischen Grundgedanken ausgehenden Reform der Krankenversicherung muß eine Ausdehnung des Versicherungskreises, eine Lösung der Frage durch Gewährung härterer Kontrollrechte an die Krankenkassen und eine durchgreifende Reform der Organisation durch Vereinigung aller Sonderklassen und Zwergklassen sein.

Der Bundesvorstand erwartet von allen Fraktionen des Reichstags, die gewiß sind, den heute mehr denn je gesteigerten sozialen Bedürfnissen der Arbeitnehmerschaft zu dienen, daß sie dem Abbau eines in Jahrzehnten bewährten sozialen Schutzgesetzes mit allen Mitteln entgegenzutreten.

### Polizei für Naziverbot

P. Hamburg, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Landesverband der Polizeibeamten Groß-Hamburg, der dem Deutschen Beamtenbund angeschlossen ist, erhebt gegen die Stellungnahme des Deutschen Beamtenbundes zum Verbot der preussischen Regierung über die Zugehörigkeit der Beamten zur Kommunistischen und Nationalsozialistischen Partei schärfsten Protest. Der Landesverband der Polizeibeamten Groß-Hamburg hält es aus staatspolitischen Gründen für unbedingt notwendig, den Beamten die Zugehörigkeit zu politischen Parteien zu unterlagen, die die Republik mit den schmutzigsten Waffen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen. Die Groß-Hamburger Polizeibeamtenschaft begrüßt deshalb den Erlaß des preussischen Staatsministeriums.

Die Erklärung des Landesverbandes schließt mit der Feststellung, daß die in ihm organisierten Polizeibeamten die Aktion des Deutschen Beamtenbundes gegen die preussische Regierung nicht ruhig hinnehmen werden.

### Berhandlungen in Nordwest

Essen, 8. Juli. (Eig. Drahtbericht.) In Essen fanden am Dienstag Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband Nordwest und den Gewerkschaften über die in Aussicht genommenen Änderungen des Arbeitszeitabkommens statt. Durch die drei Gewerkschaften und des Lohnaufkommens durch die Arbeitgeber und die christlichen Gewerkschaften hat. Vor Eintritt in die Besprechungen erklärten die Arbeitgeber, daß sie eine gerichtliche Feststellung darüber herbeiführen lassen würden, ob der Deutsche Metallarbeiterverband durch sein Unterzeichnungsversprechen in der Abwehr des Affordlohnabbaues die Friedenspflicht verletzt habe. Ferner stellten sie fest, daß die christlichen Gewerkschaften die beiden Abkommen erst gefündigt hätten, nachdem die anderen Änderungen, vor allem aber die des Arbeitgeberverbandes, vorlägen.

In den Verhandlungen selbst forderten die Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes die 48 stündige Arbeitswoche, zumal Nordwest die längste Arbeitszeit im ganzen Reich habe. Die christlichen Gewerkschaften forderten eine bessere Überlässigkeit des Lohnabkommens und kündigten spezielle Forderungen an. Der Deutsche Metallarbeiterverband erklärte ebenfalls, entsprechende Forderungen erheben zu wollen. Die Arbeitgeber teilten mit, daß sie Lohnsenkungen beabsichtigten. Die Verhandlungen werden am 20. Juli in Essen fortgesetzt.

### Erfolgreiche Abwehr

Essen, 9. Juli. (Eig. Funkbericht.) Die in der Abwehr gegen den Abbau der Affordlöhne in den Zustand getretene Weisheit des Siemens-Schuckert-Werks in Rülheim a. d. Ruhr wird heute die Arbeit wieder aufnehmen, nachdem die Betriebsleitung angefragt hat, daß die Exorzierung-Klausel bestehen bleibt. Die Arbeitnehmer machten das Zugeständnis, daß nach Verhandlungen mit dem Betriebsrat im Laufe der nächsten Woche die Belegschaftsziffer um 100 Mann vermindert werden soll.

### Erzbischof gegen Todesstrafe

S. London, 9. Juli. (Eigener Funk.) Ein von der Labour-Regierung vor längerer Zeit gestellter und aus allen Parteien zusammengesetzter parlamentarischer Ausschuss beschäftigt sich zur Zeit mit der Frage, ob die Todesstrafe abgeschafft oder beibehalten werden soll. Am Dienstag wurde u. a. der Erzbischof von York gehört, der sich energisch gegen die Todesstrafe erklärte. Sie widerspreche dem Geist der christlichen Religion. Eine physische Vernichtung könne höchstens gegen einen Menschen vollzogen werden, wenn er ein völliger Teufel sei, aber ein derartiges menschliches Wesen sei auf der Erde nicht vorhanden, und für jeden Menschen gebe es eine Hoffnung auf Besserung. Nur die Abschaffung der Todesstrafe, nicht ihre Beibehaltung, könne die Zahl der Mordvergehen vermindern.

### Auch ein Länderkampf

Der französische Schwimmer und die deutsche Schnelljustiz

Paris, 9. Juli. (Eig. Funk.) Der französische Schwimmer Eubelie, der am Sonntag an dem Länderkampf Frankreich gegen Deutschland teilnahm, wurde am Dienstag von dem hiesigen Schnellgericht zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Bege der nationalsozialistischen Presse gegen die an dem Länderkampf beteiligte französische Mannschaft führte in der Nacht zum Montag zu 100 in den Straßen, in deren Verlauf ein Mann, der den Streit schlichten wollte, mehrere Wunden erlitt. Als Urheber der Tat wird der verurteilte französische Schwimmer Eubelie bezeichnet, ohne daß bestimmte Anhaltspunkte dafür vorlägen. Die französische Postbehörde in Berlin hat gegen das Urteil bei der Reichsregierung bereits interveniert. Das Urteil gegen den französischen Schwimmer hat selbst in rechtserheblichen Kreisen der Stadt günstige Empörung erzeugt.

# Deutschlands Antwort an Briand

Bedingung: Revision der Verträge

Die Antwort der Reichsregierung auf das Europa-Memorandum Briands, die in den nächsten Tagen in Paris überreicht werden wird, dürfte im wesentlichen auf die Erklärung der Bereitwilligkeit zur Teilnahme an den für September in Genf geplanten weiteren Verhandlungen hinauslaufen. Indem man die Initiative des französischen Außenministers grundsätzlich begrüßt, wird man doch vermeiden, dem Gedanken eines Votums der europäischen Staaten näherzutreten und eine Reihe von Fragen und Bedenken formulieren, die in der Konferenz der Regierungsvorteiler zu diskutieren wären.

Die deutsche Regierung lehnt eine Union ab, die darauf hinausläuft, den durch die Friedensverträge geschaffenen Zustand zu stabilisieren. Sie würde vielmehr die Schaffung von Garantien für die Ermöglichung einer Revision der Verträge, und zwar von Garantien, die über die Bestimmungen des Art. 19 des Völkerbundes hinausgehen. Weiter wird in der Antwort auf die Notwendigkeit einer stärkeren Betonung der wirtschaftlichen Ziele hingewiesen werden, deren Bewirkung nicht, wie Briand es will, von der vorübergehenden Lösung der politischen Probleme abhängig gemacht werden darf. Schließlich wird man auch auf die Gefahren hinweisen, die durch einen neuen organisatorischen Aufbau dem Organismus und der Bedeutung des Völkerbundes erwachsen können. Es wird damit gerechnet, daß am Ende der Herbstbesprechung im September die Einsetzung einer Studienkommission stehen wird, die alle Details des Planes einer genauen Prüfung unterziehen soll.

### Frankreich zu Entgegenkommen bereit?

P. Paris, 8. Juli. (Eig. Drahtber.)

Die europäische Rundfrage Briands scheint auf die politische Einstellung der europäischen Nationen wie Scheideposten zu wirken. Schon jetzt haben sich, obwohl erst

dem Länderkampf beteiligte französische Mannschaft führte in der Nacht zum Montag zu 100 in den Straßen, in deren Verlauf ein Mann, der den Streit schlichten wollte, mehrere Wunden erlitt. Als Urheber der Tat wird der verurteilte französische Schwimmer Eubelie bezeichnet, ohne daß bestimmte Anhaltspunkte dafür vorlägen. Die französische Postbehörde in Berlin hat gegen das Urteil bei der Reichsregierung bereits interveniert. Das Urteil gegen den französischen Schwimmer hat selbst in rechtserheblichen Kreisen der Stadt günstige Empörung erzeugt.

brei offizielle Antworten am Onal d'Orfan eingegangen sind, deutlich zwei Parteien gebildet:

Unter Führung Frankreichs und der Kleinen Entente die Partei für die strikte Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Vertragszustandes, unter der Führung Italiens die Partei für die Revision der Verträge.

Obwohl die Revisionisten unter sich selbst endlos gespalten sind, weil jeder unter Revision etwas anderes versteht, hat die von Italienern lancierte Parole doch in Paris wie ein Donnerkehl gewirkt. Man ist hier natürlich bemüht, daß Mussolini mit seiner Revisionsparole keineswegs in den Vertrag von Versailles, geldweige denn an eine Südpol, gab es Südtirals dem, aber man scheint doch ernsthaft zu befürchten, daß Mussolinis Lockungen

in gewissen Kreisen Deutschlands auf fruchtbaren Boden fallen

könnten. So erklärt der Matin bereits dieser Tage, daß Deutschland in der Verständigung mit Frankreich finanzielle Unterstützung, eine bessere Reparationsregelung, ein freieres Militärstatut und eine unbedingte Sicherung seiner Verbindungen mit Ostpreußen finden könne. Heute wirft Paris Wiß, der sonst nicht sehr deutschfreundlich ist, die Frage der Gewissensforschung auf: Hat Frankreich Deutschland gegenüber abgesehen, was es hätte tun können? Und dann erklärt das Blatt:

„Wenn Deutschland und Frankreich einig sind, regeln sie alle Streitfragen von selbst. Deutschland und Frankreich einig, können Europa nicht beherrschen, aber bestreben. Es ist klar, daß Deutschland nach dem Young-Plan und nach der Räumung des Rheinlandes von uns nicht nach den Rezipienten des Saargebietes, die Rückgabe der Kolonien, die Wiederherstellung des polnischen Korridors und den Anstich an Oesterreich um ein Lächeln erhalten kann. Aber wenn die Reichsregierung mit uns an den Verhandlungen teil nehmen und in direkter Sprache ohne Hintergedanken und Anspielungen alle Streitpunkte trennen, aus der Welt schaffen will, dann ist Frankreich bereit dazu.“

# Die verhaßten Konsumvereine

Weiterberatung des Deckungsprogramms

### Deutscher Reichstag

194. Sitzung vom 8. Juli, 8 Uhr

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums wird fortgesetzt.

Abg. v. Ebel (Landvolk): Die Vorlage des OSt- und Gemeindefinanzgesetzes macht einen Rückschritt nicht nur in der Haushaltsvertrags-, sondern auch in der Steuerpolitik erforderlich. Ein großer Teil der Ersparnisvorschläge des Haushaltsabbaues würde sich bei gutem Willen verwirklichen lassen. Die Reichsregierung sollte die von ihr erzielte Senkung der Realsteuern dadurch beschleunigen, daß sie die Einführung des Verwaltungskostenbeitrags in den Gemeinden sofort vornehme. Die Grundsteuer sei noch ungenügender als die Gemeindesteuer. Um diese ungenügenden Steuern senken zu können, müsse der Verwaltungskostenbeitrag noch vor der Sommerpause des Reichstags beschlossen werden.

Abg. Dr. Cremer (D. Sp.) wirft die Frage auf, ob nicht eine Umgestaltung der Finanzverwaltung möglich wäre mit dem Ziel, diese Verwaltung übersichtlicher zu gestalten und den Reichsfinanzminister von der Überfülle seiner Aufgaben zu entlasten. In dieser Verwaltung könnten wesentliche Ersparnisse gemacht werden. Dem Minister können wir darin zu, daß gewisse Befehle angeordnet werden müssen. Das Deckungsprogramm müßte in engem Zusammenhang mit der Deckungsfrage behandelt werden.

Es war ein Fehler, daß Silberlings Ersparnisprogramm nicht energisch weiterbefolgt worden ist.

Die Steuern als Mittel zur Einnahmevermehrung können nicht ins ungemessene erhöht werden. Der Betrag der indirekten Steuern findet seine Grenzen am Konsumrückgang. Das wird sich auch bei der Biersteuer zeigen. Die unbillige Verbindung der Finanzlage der Arbeitslosenversicherung mit der des Reiches muß getrennt werden. Unsere Vorschläge zur Reform der Arbeitslosenversicherung von 1929 werden jetzt zu 90 Prozent erfüllt. Die sogenannte

### Reichshilfe der Beamten

ist ein Unwag, der den Einbruch erwartet, als wollte man die Steuern da holen, wo sich der schwächste Widerstand zeigt. (Zurufe des Abg. Schuldt [Dem.]: Kolbenhauer!) Wenn die Deutsche Volkspartei ihre Meinung geändert hätte, wäre mein Freund Kolbenhauer heute noch Finanzminister. Wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß in der Zeit der Not alle Volksschichten gleichmäßig zu Opfern herangezogen werden müssen, und daß dann auch die Beamtenhaftigkeit sich nicht ausschalten wird. Der Verwaltungskostenbeitrag ist keine sensationelle Neuerung. Wir haben schon in der alten Regierungskoalition Auseinandersetzungen über die sogenannte Bürgerabgabe gehabt. Mit dieser Abgabe können nicht nur die Gemeindefinanzen, sondern die allgemeinen Finanzen saniert werden. Die Ledigensteuer muß differenzierter werden nach der wirtschaftlichen Lage und nach den Verpflichtungen der Ledigen. Der

### Zusatz zur Einkommensteuer

widerspricht dem wichtigsten Programmpunkt der Regierung, der Verhinderung einer Steuerentlastung zum Zweck der Kapitalbildung. Die starke Zurückhaltung der Deutschen Volkspartei dem Deckungsprogramm gegenüber entspringt der besten Sorge um die deutsche Wirtschaft. Wenn immer noch in der Presse vom Ermächtigungsgesetz und von anderen Plänen gesprochen wird, so kann das nur zur Kontamination der Wirtschaft führen. Wir erwarten

von der Regierung, daß sie versuchen wird, sich auf dem Wege der Verhandlung und Verständigung eine Mehrheit zu sichern.

Abg. Collofer (Wirtsch.) weist darauf hin, daß die Wirtschaftspartei vergebens jahrelang die Ausgabenpolitik bekämpft habe und ewig ausgelacht worden sei. Die von der Regierung vorgeschlagenen Einsparungsmaßnahmen seien gering zu gering, ein andauernder Abbau sei aber nur durch Abbau von Gehältern möglich. Auch in die Gemeinden müsse Sparmaßnahme eingehen. Die Kopfsteuer und ihre Verbindung mit den Realsteuern sei deshalb nötig. Der katastrophale Konsumrückgang zeige, daß eine Verringerung der sogenannten Genussmittel nicht mehr möglich sei.

Ein Vorkursprogramm werde die Wirtschaftspartei unter allen Umständen mitmachen.

Darüber hinaus sei ein Abbau der Beamtengehälter, aber auch ein Abbau der Löhne und Preise der Wirtschaft sowie der allgemeinen sozialen Gesetzgebung notwendig. Nur wenn diese Forderungen mit Entschiedenheit angefaßt werden, sei die Wirtschaftspartei bereit, eine vorübergehende Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge und der Einkommensteuer für die großen Einkommen mitzumachen. Im Ganzen sei mit den Vorschlägen der Regierung ein beschleunigter Anfang zur wirklichen Gesundung der Wirtschaft gemacht.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.): Meine politischen Freunde haben es sehr bedauert, daß der Reichsfinanzminister sich am Montag darauf beschränkt hat, nur die jetzige Regierungsvorlage zu revidieren, ohne ein

endgültiges Finanz- und Wirtschaftsprogramm

zu entwickeln. Ohne ein solches Programm ist eine Hebung der gegenwärtigen Finanzlage garnicht möglich. Wir brauchen eine organische Restrukturierung. Das kann aber nicht erreicht werden, wenn Preisen durch Gehalt der Löhne erhöht, wenn die Gemeinden den Verfall verkennen, wenn die Reichsbahn die Tarife erhöhen will. Vor allem müssen die künstlich hochgehaltenen Preise gestürzt werden, ebenso wie die Kleinhandelspreise. Wenn die Preisentlastung erreicht ist, dann können und müssen wir auch zu einer

Senkung der Löhne kommen, die nicht gegen, sondern in Verbindung mit den gewerkschaftlichen Organisationen erfolgen muß.

Erst dann wird auch die Kammerkassen einer Gehaltsentlastung zustimmen, während das von Dr. Kolbenhauer vorgeschlagene einseitige Kopieren der Beamten mit Recht auf schärfste Ablehnung stößt. Es ist jetzt die Zeit gekommen, die Kapitalflucht in jeder Form als ein Verbrechen am Vaterland zu brandmarken. Es würde es begrüßen, wenn bei jeder Steuererklärung eine ethische Erklärung darüber gefordert wird, welches Kapital direkt oder indirekt im Ausland angelegt ist. Dieses Kapital könnte dann höher besteuert werden als das inländische. Die Neigung zur Kapitalflucht wird geringer werden, wenn das Vertrauen zur Solidität der deutschen Finanzverwaltung wiederhergestellt ist. Das kann nur geschehen durch eine gründliche Finanzreform. Eine dauernde Sanierung der Reichsfinanzen wird nur möglich sein, wenn sofort alle die

Gemeindefinanzen saniert

werden. Wir begrüßen den festen Willen des Ministers, 100 Millionen am Etat einzusparen, aber wir meinen, daß weitere Ersparnisse möglich sind, und daß die Vorschläge des Konsumbundes

... die eine Verchiebung bestimmter Leistungen auf später ...

Hdg. Peine (Soz.):

Die Interpellation, die der deutsche Abgeordnete ...

... die Genossenschaften einzunehmen ...

... durch Verleitung erfolgen, die von Spielern aus bösem ...

... 1929 haben die Finanzgerichte und der Reichsfinanzhof ...

... die Interpellation beugnen und Steuerstrafen ...

... auf Grund deren es die Körperschaftsteuer rückwirkend für ...

1924 bis 1928 beanlagte, weil über den Mittelbereich hinaus ...

... die Körperschaftsteuer für die seit 1925 ...

... die Körperschaftsteuer zahlen (Hört, hört links) ...

... die Körperschaftsteuer zahlen (Hört, hört links) ...

... die Körperschaftsteuer zahlen (Hört, hört links) ...

... die Körperschaftsteuer zahlen (Hört, hört links) ...

... die Körperschaftsteuer zahlen (Hört, hört links) ...

weisung des Luftschiffes Graf Zeppelin ...

Letzte Nachrichten

„Graf Zeppelin“ Nordlandfahrt

Freiburg, 8. Juli. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ...

Wermoz passiert die St. Pauli-Felsen

Paris, 8. Juli. Der französische Flugzeugführer ...

Die Schlusstrecke der Zugspitzbahn eröffnet

München, 8. Juli. Die Zahnradstrecke Ober- ...

Die Rache des Entertien

Sofia, 8. Juli. In einem Dorfe bei Philippopel ...

Seltene Erfindungen

Im Warschauer Patentamt hat ein Erfinder ein ...

Die Schlange im Schulfranz

In der nordhannoverschen Stadt Tege ...

Amliche Berliner Produkten-Notierungen

Table with 2 columns: Product name and price. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste, etc.

Wettervorhersage für den 10. Juli

Keine wesentliche Veränderung des herrschenden ...

Dresdner Kalender

Table listing theater performances for July 10th, including Opernhaus, Schauspielhaus, and Freilichttheater.

... das gläserne Hofmann. Dieses kleine gläserne Hofmann wurde in ...

Volksnationale und sächsische Regierungsbildung

Die beiden völkernationalen Abgeordneten ...

Soch die Pension!

Die drohpenden Woldenhauer und Fric ...

tagsabgeordneter. Der Hitler-Minister Fric bezieht ...

Mobkrawalle in Trier

Trier, 8. Juli. (Fig. Anst.) In der vergangenen Nacht ...

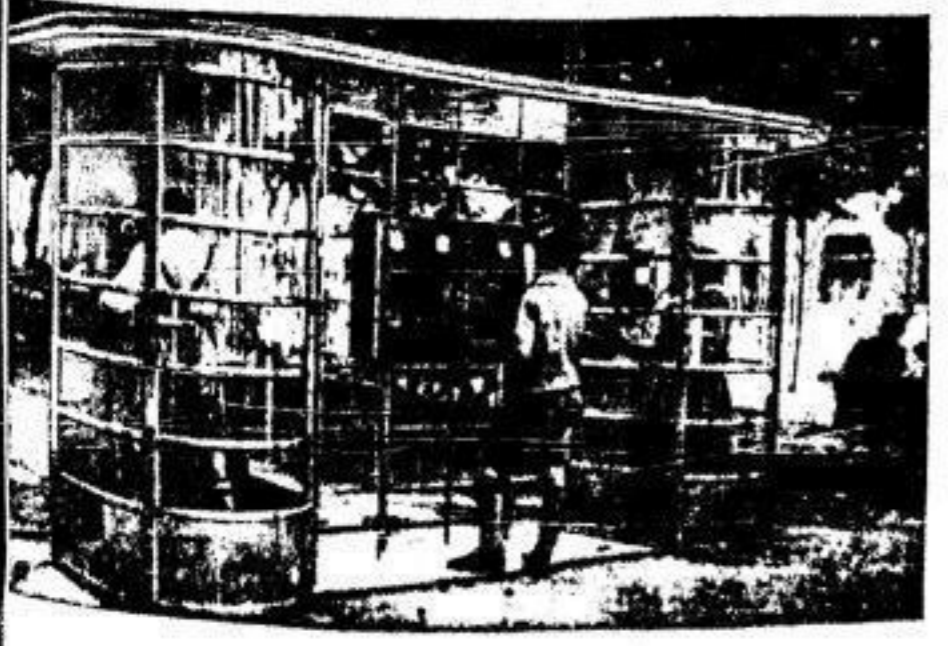
Die Arbeitslosigkeit in England

London, 8. Juli. (Fig. Anst.) Die Zahl der ...

Mahnahmen der Regierung

London, 8. Juli. (Fig. Anst.) Das am Dienstag ...

Was im Reich? Die von der Thüringischen Regierung ...



Das gläserne Hofmann. Dieses kleine gläserne Hofmann wurde in ...



# Dresdner Chronik

## Nach Regen ist hygienisch

Es pflegt wenig bekannt zu sein, daß den Niederregungen neben der hohen Wichtigkeit für volkswirtschaftliche Zwecke auch eine große hygienische Bedeutung zukommt. Bekannt dürfte die Behauptung etwas übertrieben, denn im allgemeinen weiß man von den gesundheitschädlichen Wirkungen des Regens, von den Erkrankungen, die man sich bei häufigem Regen oft zuzieht, von den hygienisch günstigen Verhältnissen häufigen Sonnenscheins und dem gegenteiligen Verhalten während bewölkten Himmels. Dennoch aber ist nicht zweifelhaft, daß auch ein langdauerndes Nehlen von höheren Niederschlägen eine hygienisch nichts weniger als vernünftige Erscheinung ist.

Für die großen Grippe- und anderen Epidemien ist es nachgewiesen, daß die Ursachen nicht nur in starker Verdunstung und häufigen Regnen, sondern auch in schwacher Luftbewegung und in ungewöhnlich geringen Niederschlägen, insbesondere natürlich im Spätherbst und im Frühwinter, zu suchen sind. Deutlicher Wind sowohl als auch Niederschläge haben eben keineswegs immer nur den unmittelbaren Anlaß zur Erkrankungszunahme ab, sondern sind auch in hohem Maße als gesundheitsfördernde Elemente zu betrachten. Denn nicht nur als schwebende Luft die Luft reinigt, sind auch die Regenwolken ein vorzügliches Mittel, die Atmosphäre von schädlichen Keimen zu befreien, von Staub und schädlichen Dämpfen zu befreien, und unsere Atemorgane so unangenehm für oft empfinden werden, sind nicht nur als eine volkswirtschaftlich, sondern auch hygienisch höchst wertvolle Einrichtung zu betrachten. Besonders dann, wenn sie nicht im Übermaß herabrieseln und nicht schwebend durch Beeinträchtigung des Sonnenscheins und durch Verdunstung anhaltend niedrige Temperatur hygienisch unvorteilhafte Verhältnisse schaffen.

Die Verheilung des Staubes mit seinen gesundheitschädlichen, malschwersten Krankheitskeimen ist der durch Regen herbeiführenden Mittel zu erforschen, überaus wertvolle Dienste, die uns unsere Niederschläge in hygienischer Hinsicht erweisen. Man hat berechnet, daß die Menge des von den Berliner Straßen fortgeschleppten Staubes rund 200.000 Kubikmeter im Jahre beträgt, es entfallen auf den Kopf der Bevölkerung 120 bis 200 Milligramm Staub im Jahre. Die größten Keimkonzentrationen der Luft beschränken sich natürlich auf die obersten Schichten der Atmosphäre, und die sind es gerade, in der wir atmen. Dort sind dementsprechend auch die Keimkonzentrationen in größerer Zahl zu finden. Sobald man sich ein paar hundert Meter oder gar tausend Meter erhebt, so kommt man sehr rasch in gesündere Regionen. In der Stadt nun insbesondere in der Großstadt und Industriegebiet, die unter schädlichen Verunreinigungen der Luft zu leiden hat, kommt den Niederschlägen in erster Linie die Aufgabe zu, die hygienische Wohlfahrt der Bürger und für ihren Schutz vor den in der Atmosphäre lauerten Keimkonzentrationen zu gewährleisten. Es braucht ja nur daran erinnert zu werden, wie nach einem kurzen, kräftigen Gewitterregen oder während eines andauernden Landregens nach langer Trockenheit die Luft plötzlich in einer für die Sinne wahrnehmbaren Weise sich verändert, frischer, kräftiger, kurz gesünder zu werden pflegt. Bei härteren Niederschlägen ist die Wirkung nicht in gleicher Weise ohne weiteres zu verspüren, aber trotzdem ist sie ebenfalls. Jedenfalls wird aus dem Gesagten die Not herzuwachen, daß wir den Niederschlägen in hygienischer Hinsicht sehr viel zu danken haben.

## Muß das so sein?

Von einem Leser, der im "Piesdener Winkel" wohnt, wird die Beobachtung mitgeteilt, daß die Leichen Exhumieren, die in der Regel dort angeordnet und geborgen werden, auf dem abgetrockneten Boden gelegt werden, ohne daß der Platz hinterher desinfiziert wird. Eine solche Nachlässigkeit kann schwere Folgen nach sich ziehen. Weistheils sind die Leichen schon in Leichenhäusern übergeben und übergeben Säureabfälle und Leichen auf den Boden, auf dem sich später Kinder und Erwachsene bewegen. Auch die mögliche Übertragung des Leidenstoffs durch Insekten bedeutet eine schwere Gefahr für die Gesundheit der dort unbefriedigt sich aufhaltenden Menschen. Es ist ebenfalls unheimlich wie unverantwortlich, daß man die Leichen nicht wenigstens auf eine Plane legt und so deren Berührung mit dem Boden vermeidet. In dieser Beziehung könnte die Hygienische Kommission der Arbeiter-Kommunisten in Dresden, die jede von ihnen geborgene Leiche auf eine Plane legen und abdecken, und die die Plane dann gründlich säubern und desinfizieren. Sollte das, was Arbeiter freiwillig im Dienste der Arbeiterbewegung tun, nicht auch den Behörden möglich sein, noch dazu in einer Stadt, die die hygienische Fremde so eifrig rühmt?

## Die Arbeiterstimme läßt!

Die gestrige Nummer der Arbeiterstimme schreibt in ihrem Bericht über die Stadtverordnetenwahl: "Demnach ist das Verhalten des Sipo abgeriegelt. Döhlisch scheint zu ahnen, daß die von seiner Fraktion so schwer betroffenen Pflichtarbeiter Aufklärung haben wollen."

Wider besseres Wissen erweckt die Arbeiterstimme die Auffassung, als sei für die Heranziehung der Sipo unser Gesetz Döhlisch, der Stadtverordnetenvorsteher, verantwortlich. Die Kladebefugnis des Stadtverordnetenvorstehers aber erstreckt sich nur auf die Räume der Stadtverordneten und auf die Teile der Behörde, die diese Räume miteinander verbinden. Die Eingänge des Rathauses, die Treppenhäuser unterliegen dem Machtbereich des Vorstehers nicht, noch viel weniger aber untersteht ihm die Straße. Die Heranziehung der Sipo ist also geschehen, ohne daß der Stadtverordnetenvorsteher darauf den geringsten Einfluß nehmen konnte und genommen hat. Die Arbeiterstimme weiß das ganz genau, aber sie läßt wie immer.

Die Arbeiterstimme fährt fort: "Trotzdem kommt eine Delegation der Pflichtarbeiter ins Rathaus herein. Bei den Arbeitssparten sollen sie ihre Wünsche und berechtigten Beschwerden äußern. Die kommunistische Fraktion, bei der sie vorstünden, konnte ihnen nur erklären, daß ihre Forderungen bereits von uns erfüllt und in einem Dringlichkeitsantrag zu Papier gebracht worden. S.D. und Kozig, die "Kocharbeiter"parteien, halten keine Zeit", diese "jungen Paraden" und "ausgespültes Gewebe" (nach der Dresdner Volkszeitung) zu empfangen. Sie hätten ab, sich mit Arbeitern über ihre berechtigten Forderungen zu unterhalten. Mit reichlicher Verzögerung, scheinbar wegen des

# Einkommensteuerleistungen in Dresden

## Im Vergleich mit anderen Großstädten

Wenig zeitgemäß zu den Plänen allgemeiner Senkung der Löhne und Gehälter veröffentlicht das Statistische Reichsamt soeben die Hauptergebnisse der neuesten Lohnsteuerstatistik vom 1928 für die 47 deutschen Großstädte.

Danach haben wir in Dresden eine Gesamtzahl von 297.971 Lohnsteuerpflichtigen in drei Abteilungen. Die erste Abteilung bilden die 217.829 Steuerbefreiten, die wirklich Lohnsteuer zahlen, und die 72,43 Prozent aller Lohnsteuerpflichtigen Dresdens darstellen. Im Durchschnitt aller deutschen Großstädte sind 64,67 Prozent der Lohnsteuerpflichtigen wirklich Steuerbelastet. Dresden gehört zu den 18 Großstädten, in denen der Anteil der Steuerbefreiten an der tatsächlichen Lohnsteuerzahler an der Gesamtzahl der Lohnsteuerpflichtigen größer ist als im Durchschnitt aller Großstädte.

Bezüglich wie in Dresden ist das Verhältnis der Steuerbefreiten zur gesamten Pflichtigenzahl in Leipzig mit 72,17, Chemnitz mit 72,06, Barmen mit 71,47 Prozent der Pflichtigen. Am stärksten ist in den Großstädten der Anteil der Steuerbefreiten an der Gesamtzahl der Lohnsteuerpflichtigen in Mannheim mit 78,88, Wiesbaden mit 74,21, Lübeck mit 73,53 Prozent der Pflichtigen. Dagegen am schwächsten unter der Pflichtigenzahl vertreten sind die Steuerbefreiten in Kiel mit 45,80, Bielefeld mit 49,30, Hildesheim mit 50,52 Prozent.

Von geringer Bedeutung ist die zweite Abteilung der Pflichtigen, die Steuerbefreiten, deren Einkommen an sich steuerpflichtig wäre, aber durch Abzüge, Ermäßigungen ufm. von Steuerzahlung befreit sind. Im Durchschnitt aller Großstädte sind das 0,86 Prozent der Lohnsteuerpflichtigen, in Dresden sind es 0,84 Prozent.

Die dritte Abteilung der Steuerpflichtigen, die In- und Ausländer, die infolge der geringen Einkommen keine Lohnsteuer zahlen, entspricht in ihrem Verhältnis zur gesamten Pflichtigenzahl natürlich der Stärke der Abzüge. Steuerbefreit. Nur alle Großstädte zusammen machen diese Unbeschäftigten 84,45 Prozent der Lohnsteuerpflichtigen aus, für Dresden 80,23 Prozent.

Bei Trennung der Lohnsteuerpflichtigen nach Geschlechtern treffen wir in Dresden unter jedem Hundert der Pflichtigen 60,26 Männer gegen 64,00 Männer im Durchschnitt aller Großstädte und in Dresden 36,75 Frauen gegen 36,00 Frauen im Großstadtdurchschnitt. Die Verteilung der Männer an der gesamten Pflichtigenzahl ist am stärksten in Hildesheim mit 66,82, Chemnitz mit 60,84, Bielefeld mit 59,43 Prozent; die Verteilung der Frauen ist am größten in Bielefeld mit 47,63, Stuttgart mit 41,96, Berlin mit 41,78, beide Zahlenreihen entsprechend den jeweils an diesen Orten vorwiegenden Wirtschaftszweigen.

Das Durchschnittseinkommen des einzelnen Steuerbelasteten Pflichtigen, also Brutto-

einkommen, gefügt von Werbungskosten und Sonderleistungen, macht für alle Großstädte zusammen 2124 M. aus. Lieber diesem Großstadtdurchschnitt des Nettoeinkommens liegen 26 Großstädte, unter ihm 21 Großstädte. Dresden gehört zur zweiten Gruppe der Städte, es liegt 2008 M. Durchschnittseinkommen je Steuerbelasteten und steht damit an 86. Stelle der nach dem abnehmenden Einkommen je Steuerbelasteten angeordneten Großstädte. In der Reihe von Dresden befinden sich Bremen mit 2028 M., Posen mit 1964 M., Chemnitz mit 2063 M., Bielefeld mit 2062 M., Göttingen mit 2041 M., Nürnberg mit 1949 M., Kiel mit 2008 M., Durchschnittseinkommen. Dieses Einkommen steigt bis zu 2866 M. in Ludwigsburg, 2477 M. in Karlsruhe, 2456 M. in Münster i. W., 2304 M. in Frankfurt a. M.; es sinkt bis zu 1848 M. in Hamburg und 1772 M. in München-Gladbach, 1767 M. in Hildesheim. In Dresden macht die Steuer je Steuerbelasteten 11,33 Prozent des Nettoeinkommens aus, sie stellt 4,96 Prozent des Steuerbelasteten Einkommens dar.

Von Interesse ist besonders die Verteilung der Steuerbelasteten Pflichtigen mit ihrer Steuerleistung auf die verschiedenen Einkommensgruppen. Insgesamt haben in Dresden die 217.826 Steuerbelasteten Pflichtigen ein steuerbelastetes Einkommen von 430.412.000 M. mit 21.596.000 M. Steuern davon.

In der untersten Einkommensgruppe bis zu je 1500 M. Einkommen treffen wir in Dresden 42,60 Prozent aller Steuerbelasteten Pflichtigen, im Großstadtdurchschnitt 40,90 Prozent, die in Dresden 13,03 Prozent der gesamten Lohnsteuer aufbringen, im Großstadtdurchschnitt 11,30 Prozent.

Die zweite Einkommensgruppe von je 1500 bis 3000 M. Einkommen trifft in Dresden auf 41,11 Prozent der Steuerbelasteten, im Großstadtdurchschnitt auf 41,65 Prozent und leistet in Dresden 41,63 Prozent der Lohnsteuer, im Großstadtdurchschnitt 39,43 Prozent.

In der dritten Einkommensgruppe von je 3000 bis 5000 M. Einkommen treffen wir in Dresden 11,79 Prozent der Steuerbelasteten, im Großstadtdurchschnitt 13,02 Prozent; ihre Steuerleistung beträgt in Dresden 26,34 Prozent der gesamten Lohnsteuer, in allen Großstädten 28,11 Prozent.

Endlich die oberste Einkommensgruppe mit jeweils über 5000 M. Einkommen macht in Dresden 4,46 Prozent aller Steuerbelasteten Pflichtigen aus, im Durchschnitt der Großstädte 5,30 Prozent; ihre Steuerleistung beträgt in Dresden auf 10,00 Prozent der Gesamtlohnsteuer, bei allen Großstädten auf 21,27 Prozent.

Das Schwergewicht der Lohnsteuerleistung in Dresden liegt also bei den zwei mittleren Einkommensgruppen von je 1500 bis 5000 M. Jahreseinkommen; sie erbringen über zwei Drittel der gesamten Lohnsteuer, auf die unterste und oberste Einkommensgruppe zusammen entfällt in Dresden gegen ein Drittel.

## überhandnehmender Schreck über das Erscheinen von Arbeitern, begann die Sitzung.

Dazu haben wir zu erklären, daß auch diese Nachricht über das Verhalten der Sozialdemokratie erliegen ist. Jedes Mitglied der Fraktion des SPD, (man beachte, daß die ganze Fraktion der SPD, überhaupt nur aus sieben Mann besteht) haben mit Vertretern der Pflichtarbeiter lange Zeit konferiert, so daß die Behauptung, die SPD habe für Arbeitervertreter keine Zeit gehabt, ebenfalls dreistiger Schwindel ist.

## Blockade und U-Boot-Krieg

### Ufa-Palast

pm. Die Ufa scheint sich für verpflichtet zu halten, allen Pfafen des Weltkrieges Denkmal zu setzen. Und da Jugenbergs Welt und Geist in der Gesellschaft herrschen, brauchen wir nicht erst lange zu rätseln, welchen Zweck sie mit der Wiederholung der dokumentarischen Bildstreifen aus deutschen und ausländischen Besitz verfolgt, so "objektiv" immer sie sich gebildet. Aber es ist wirklich nur eine Gebärde, wie jetzt der Film "Blockade", der den deutschen U-Boot-Krieg und die englischen Abwehrmaßnahmen dagegen schildert, jedem erstarrten Denker erneut zeigt. Daß die auf die Unterwasserflotte gestellten Hoffnungen der militärischen Oberleitung nicht erfüllt, daß sie, lächerlich ange, naht, auch im militärischen Sinne unendlich mehr Schaden als Nutzen stiftete, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika gegen uns auf den Plan trat, das wird schmerzhaft veranschaulicht. Eine "Ufa"-Angabe des verletzten Schiffes und verweist sogar, den U-Boot-Krieg zu einem Erfolg umzubiegen. Und wenn am Schluß des Films die Mitglieder der Londoner Flottenkonferenz aufmarschieren und MacDonald als Engländer Sprecher die Abschaffung der Unterseeboote vorschlägt, so hat dieser Vortrag auch ganz offensichtlich den Zweck, den deutschen Unterseebootskrieg militärisch bedeutungslos erscheinen zu lassen, als er in Wirklichkeit war. Denn daß Deutschland, nicht bloß bloße Furcht, die englische Anwesenheit diktiert haben könnte, dieser Gedanke kommt einem Jugenbergs und seinen Gleichgesinnten natürlich nicht. Die "Objektivität" der Veranschaulichung verdrängt sich auch sonst noch: Sollen sich im deutschen Hafen für eine gefährliche U-Boot-Fahrt freiwillig melden, so fliegen die Hände der Matrosen nur so hoch. Die englischen Offiziere müssen sich die Belastung der Abwehrschiffe in den Anzeigern werden, indem sie die Leute erst mit Schimpfen belächeln machen. Wenn ein deutscher U-Boot aufsteht und einen Ausfahrer in den Grund bohrt, so ist das eine Delinquit. Wenn ein Frachtschiff sich überplättet als U-Boot-Palast entpuppt und auch feinerfeils zu sehen anfängt, so heißt das ein heimtückischer Heberfall. Die alberne Phrase am Schluß, daß die Wogen des internationalen Meeres nun die Körper unglücklicher Seefahrer bedecken, die alle haben für ihr geliebtes Vaterland, kann die vorerzählten absichtlichen Verschönerungen nicht wieder geraderücken; ganz abgesehen davon, daß solche leeren Worte, die übrigens die mit in das Redebuch gesprochenen Neutralen ganz außer acht lassen, den Internationalkrieg nicht ein Quentchen von seiner widerlichen Gemeinheit nehmen. Und diese Gemeinheit wurde noch gefestigt! Viele Annahmen sind nämlich "aufschreibbar", teils deutschen, teils englischen Ursprungs — was dazwischen liegt, ist gestrichelt betrockener Mist.

## Der "Leutnant" als Schwiegersohn

Gegenüber seines Aufenthalts in Vergleichshölle hatte der 29 Jahre alte Kaufherr Robert Karl Willi Seifert im Jahre 1927 die Bekanntschaft eines damals erst 17 Jahre alten Tochter eines Dresdner Reichsbahnobersetzlers gemacht. Bald hatte er das Vertrauen der Eltern des jungen Mädchens erworben, nicht zuletzt dadurch, daß er sich als ehemaliger aktiver Leutnant ausgab und weiter vorwärtete, den Krieg in der Kampffliegerstaffel Nüchternen mitgemacht zu haben und im Besitze des Eisernen Kreuzes 1. Klasse zu sein. Als Gemeindeglied für seine Erwerbungen machte eine Photographie diesen, die ihn als "Leutnant" und "Kommandant im Felde" zeigte. Ausprobiert er mit seinen reichen Verwandten, die in Wirklichkeit nicht existierten. Die Verlobung sich mandieren, die im März 1927 wurde und im September 1927 wurde genützt, zumal sich das Mädchen bereits früher für ihn nach heiratet, zumal sich der Schwiegermutter befindet, daß seine Tochter der Anteil kam der Schwiegermutter, daß seine Tochter

einem Schwiegervater in die Arme gefallen war. Da sein Schwiegervater es auch verstanden hatte, ihm 200 M. abzufordern, erstattete er Anzeige wegen Betrugs. Obgleich das Schöffengericht Dresden die Verurteilung erlangte, daß der Angeklagte mit ein Doppelpaar angefahren ist, erkannte es dennoch auf Freisprechung, weil es die betrügerische Absicht nicht für erwiesen ansah. Es wurde auch festgestellt, daß die Ehefrau des Angeklagten weder Auskunft noch Zeugniss in die Ehe mitgebracht hat.

## Verkehrsunfall vor Gericht

Am Nachmittag des 24. April war es in Bismarckstr. an der Kreuzung der Riechschloß- und Peterswalder Landstraße zu einem Zusammenstoß zweier Personenkraftwagen gekommen, bei dem es nicht nur bedeutenden Sachschaden, sondern auch mehrere Schwereverletzte gab. Die Schuld an dem Unfall wurde dem 21 Jahre alten Kraftwagenführer Georg Schmidt aus Dresden beigegeben, der sich auf der Fahrt nach Bismarckstr. befand und sich dabei in unermesslicher Geschwindigkeit der Straßenkreuzung näherte. Um einen Handwagen zu überholen, bog er zudem weit nach links aus, als er sich plötzlich einem entgegenkommenden Personwagen gegenüber sah. Der Zusammenstoß war unvermeidlich. Der Personwagen wurde regelrecht zur Seite geschleudert und umgeworfen. Seine Insassen, mehrere Reichsbahnbeamte aus Leipzig und Erfurt, erlitten Schädelbrüche und andere schwere Verletzungen. Der Angeklagte wurde für schuldig befunden, den Unfall dadurch herbei geführt zu haben, daß er vorfahrtsmäßig auf die linke Seite überfuhr, obwohl ihm der Leberblick über die Straßenkreuzung durch die Straßenkreuzung beeinträchtigt war. Entsprechend der gegen ihn erlassenen Strafverfügung lautete das Urteil auf 2 Monate Gefängnis.

## Arbeitsgericht

### Eine verständige Entscheidung

Gegen die Kartonnagenfabrik Fuchs u. Romb. schwebten in der letzten Zeit mehrere Prozesse von Arbeitern und Arbeiterinnen wegen willkürlich herabgesetzter Arbeitslöhne. Die Klagen wurden durch den Verband der Buchbinder und den Betriebsratsvorsitzenden vertreten, der in einigen Fällen auch als Zeuge auftrat. Nach einer solchen Gerichtsverhandlung lagte der Betriebsratsvorsitzende zu einer Arbeitskollegin, die ihm nach seiner Rückkehr in den Betrieb ihr Arbeitsantritt zeigte, sie sei wohl nicht recht gefeiert, wenn sie so viel leide, würde das im Kontext nachgerechnet und dann die Affäre wieder zurückgesetzt. Diese Herabsetzung ist auf Umwegen zu Ehren der Beschäftigten gekommen, die darin eine mit dem Anste eines Betriebsratsvorsitzenden unvereinbare Aufforderung zur Sabotage erdachte und beim Arbeitsgericht Antrag auf Anwesenheit der Betriebsratsvorsitzenden stellte. Die als Zeugin vernommene Arbeitskollegin des Betriebsratsvorsitzenden bestätigte die erwähnten Äußerungen.

Das Gericht verurteilte den Beschluß, daß der Antrag der Firma auf Anwesenheit der Betriebsratsvorsitzenden zurückgewiesen wird. In der Begründung wird gesagt, daß in der Äußerung kein bewußtes Einwirken auf Sabotage zu erblicken sei. Sie sei noch unter dem Eindruck der Gerichtsverhandlung in der es um die Affäre ginge, gefallen und könne nicht in dem Sinne aufgefaßt werden, daß der Antragsteller ernstlich darauf hingewirkt habe, daß die Zeugin sich in ihrem Arbeitstempo zurückhalten solle. Das geht auch daraus hervor, daß die Zeugin wie bisher weitergearbeitet und der Betriebsratsvorsitzende keine Anstalten gemacht habe, sie davon abzubringen.

## Angestellter Betriebsratsmitglied

Die Firma Georg Bloch in Dresden hatte es einmal sehr eilig mit der Kündigung eines Angestellten, um den Kündigungsfrist nicht verstreichen zu lassen. Da aber der Angestellte Mitglied des Betriebsrates war und nur gelündigt werden

**Goldes Handgeräth.** Nach langem Suchen endlich das Richtige für meine Zähne. Nach dreimaligem Gebrauch blendend weiße Zähne, trotzdem dieselben durch dieses Räucher Braun und unglücklich waren. Ich werde nichts anderes mehr gebrauchen, als Chlorodont. B. Hoffberg. Chlorodont: Zahnpasta 60 Pf. und 1 M., Zahnbürsten, Mundwasser 1 M. bei jeder Qualität. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.





# Sachsen

## 48 und 49 Demokraten und Regierungsbildung

Von führender demokratischer Seite wird der Sächsisch-Böhmischen Korrespondenz geschrieben: Die Verträge der Rechtsparteien in Sachsen einen Rechtsblock mit Hilfe der Nationalsozialisten zu errichten, können zwar nach der Abgabe der Demokraten und Volksnationalen erteilt werden, schon jetzt als gesichert gelten, da die Rechtsparteien über höchstens 46 von 84 Stimmen verfügen, aber sie geben sich doch anscheinend noch der Hoffnung hin, daß die Demokraten es ihnen durch Abgabe weißer Zettel oder auf irgendeine andere Weise ermöglichen würden eine Mehrheit für einen Ministerpräsidenten zu erlangen. Jede derartige Hoffnung ist trügerisch; was auch kommen möge — die Demokratische Partei wird unter keinen Umständen eine Regierungsbildung auf Beteiligung oder unter Führung der Nationalsozialisten dulden. Sie wird niemals die Wahl eines Ministerpräsidenten ermöglichen, der eine Regierung bilden wird — einfach aus Selbsthaltungstriebe, denn mit den 48 Stimmen der Demokraten, der SPD, und der KPD, könnte niemals ein einmal gewählter Ministerpräsident, könnte kein Kabinett der Rechten geführt werden. Auf vier Jahre wäre man einmal ein solches Kabinett gebildet wäre, ihm ausgeliefert. Wenn man eine politische Regierung haben will, kann man nicht den Weg der Rechten, sondern nur der Großen Koalition beschreiten. Wer ihn nicht will, verhindert das Zustandekommen einer politischen Regierung überhaupt. Wenn die Wirtschaftspartei wieder an der Regierung teilnehmen will, wie es ihrer Bedeutung entspricht, kann sie es nur erreichen, wenn sie die Große Koalition mitmacht. Zustände wie in Thüringen wird die Demokratische Partei weder herbeiführen helfen noch dulden. Auch wird man sie weder mit schönen Redensarten noch durch Versprechungen gewinnen können. Es wird auf sein, wenn die in Frage kommenden Parteien diese Gedankenengänge recht bald auf sich wirken lassen, damit nicht unnütze Zeit mit vergeblichen Versuchen zur Kabinettsbildung verlorene geht.

Offenlich bleiben die sächsischen Demokraten auch fest.

## Der Arbeitsmarkt in Sachsen Leichte Entlastung

In der Zeit vom 16. bis mit 30. Juni 1930 erfuhr der sächsische Arbeitsmarkt eine leichte Entlastung, die allerdings den Zugang an Arbeitsuchenden in der ersten Junihälfte noch nicht wieder aufheben konnte. Die Zahl der Arbeitsuchenden sank um 1581 auf 877.494, und auch bei der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist ein Rückgang zu verzeichnen, und zwar von 296.006 auf 198.941, also um 33 v. H. In der Krisenunterstützung steigt dagegen die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger noch ständig, und es wurde in der Berichtzeit eine Erhöhung von 67.019 auf 89.925, also um 4,3 v. H., festgestellt. Die Gründe, die hauptsächlich einen stärkeren Zugang an Arbeitsuchenden herbeiführen, liegen in einer Verteilung einiger Industrie der Textilindustrie und des Maschinen- und Baumstoffgewerbes sowie in einer typischen Nachfrage der Metallindustrie und im Velleitungsgewerbe nicht ganz so hoch waren wie in der ersten Junihälfte. Am Stillstand der rückschlüssigen Entwicklung in der Metallindustrie sind im Besonderen zu nennen, da von neuem eine Anzahl Stilllegungsanträge eingegangen sind, die sich erst in nächster Zeit auswirken werden. Die Verteilung des Arbeitsmarktes, die man in der Berichtzeit in einigen Industrie beobachten kann, steht auf sehr unruhigen Füßen, und die Kurzfristigkeit der Beschäftigungsbeziehungen ist nach wie vor ein Kennzeichen der gegenwärtigen Lage.

Wie ungünstig die Lage auf dem sächsischen Arbeitsmarkt im Vergleich zu früheren Jahren und im Vergleich zu anderen Bezirken ist, geht daraus hervor, daß am 15. Juni 1930 noch 41,3 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung auf 1000 Einwohner gezählt wurden, gegenüber 19,5 am gleichen Tage des Vorjahres und gegenüber 26 v. T. im Reichsdurchschnitt. In 15 Arbeitsämtern geht der Belastungsgrad auf 1000 Einwohner noch über den Landesdurchschnitt hinaus. Am ungünstigsten steht immer noch der Arbeitsamtsbezirk Burgstädt mit 67,1 v. T. Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung da, obgleich sich dort infolge Verteilung der Handwebindustrie der Belastungsgrad seit dem 15. Mai 1930 (78,8 v. T.) wesentlich vermindert hat. An zweiter Stelle stehen Reuzbüsch mit 60,1 v. T., Sebnitz mit 59,8 v. T. und Tuerbach mit 52,4 v. T.

Arbeitsmarkt für das Zimmerergewerbe im Kreisamt Sachsen. Schätzung: 28. Juni 1930. Gemittelt ohne Lehrlinge 17.904, davon arbeitslos 10.782 = 60,2 Prozent. Gegen den Vormonat 4,2 Prozent weniger Arbeitslose.

## Wie wählen die Frauen zum Landtag?

Es ist immer interessant, zu beobachten, wie sich die Frauen, nachdem ihnen durch den Artikel 109 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 die politische Gleichstellung mit den Männern ausgesprochen worden ist, bei den Wahlen zu den politischen Parteien einstellen. Charakteristisch und auffallend ist das Ergebnis in der Stadt Bautzen, wo sich die Männer- und Frauenstimmen wie folgt verteilen:

	Männer	Frauen	Insges.
1. Sozialdemokratische Partei	2476	2212	4688
2. Deutsche Volkspartei	936	1190	2126
3. Kommunistische Partei	804	515	1319
4. Wirtschaftspartei	906	1117	2023
5. Deutschnationale Volkspartei	755	979	1734
6. Sächsisches Landvolk	106	135	241
7. Nationalsozialisten	1622	1445	3067
8. Demokratische Partei	570	548	1118
9. Volkspartei	70	69	139
10. Alle Sozialdemokratische Partei	162	187	349
11. Volkswirtschaftliche Vereinigung	169	162	331
12. Kommunistische Opposition	18	16	34
13. Christlichsozialer Volksdienst	142	484	626
14. Ungültige Stimmen	85	65	150

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 8817 9082 17.899  
Von den 26.399 Wahlberechtigten (darüber hinaus wurden noch 806 Stimmzettel ausgestellt) waren 11.719 Männer und 14.680 Frauen, also 2661 mehr Frauen als Männer. Trotzdem ist das nun zunächst festzustellen, daß die prozentuale Wahlbeteiligung der Frauen geringer ist, von 14.880 Frauen haben rund 69 Prozent gewählt, von den 11.717 Männern aber über 78 Prozent. 2002 männliche stehen 6028 weibliche Wahlwähler gegenüber. Und betrachtet man sich das Wahlergebn in einzelnen, so findet man, daß die Frauenstimmen bei allen reaktionären Parteien überwiegen: bei der Deutschen Volkspartei, bei den Deutschnationalen, bei der Wirtschaftspartei, beim Sächsischen Landvolk und ganz besonders beim Christlichsozialen Volksdienst, wo 149 Männerstimmen 404 Frauenstimmen gegenüberstellen. Eine Ausnahme machen die Nationalsozialisten, die 1632 Männerstimmen und 1445 Frauenstimmen haben, also 177 Frauenstimmen weniger als Männerstimmen. Das schematische Treiben der Nazis scheint bei den Frauen doch noch nicht in dem

Maße wie bei den — vor allen Dingen jüngeren männlichen — Wählern Anklang gefunden zu haben. Aber immerhin ist es beachtenswert, daß die Frauen immer noch bei den Parteien überwiegen, die jahresweise gegen das Frauenstimmrecht waren und auch heute noch nicht von der Gleichberechtigung der Frau wissen wollen. Andererseits bleiben die Frauenstimmen bei allen linksorientierten Parteien, wie Kommunisten, Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und Demokraten, gegenüber den Männerstimmen zurück.

Der Frauenaufklärung muß also nach wie vor das Hauptanliegen der Sozialdemokratie gelten, damit die bei den letzten Wahlen immer wieder beobachtete Erscheinung der starken Zahl weiblicher Wahlwähler und des weiblichen Anteils an den bürgerlichen Parteien — was beides ja aus der jahrhundertelangen Unterdrückung der Frauen noch verständlich erscheint — künftig einmal beseitigt wird und die Frauen der Sozialdemokratie gehören, der Partei, die sie befreit hat.

**Kommunisten vertilgen einander beim Wahlkampf**  
Der frühere Landtagsabgeordnete und Schriftleiter Karl aus Leipzig hatte sich in einer Privatlage wegen Verleumdung vor dem Amtsgericht in Leipzig zu verantworten.  
Als der frühere Berichterstatter der Sächsischen Arbeiterzeitung, Pfleger, zur KPD übergetreten war, wurde er von seinen Kollegen aus schwerer persönlicher Verleumdung bedroht. In der Sächsischen Arbeiterzeitung erschienen Artikel, die sich mit dem Berichterstatter Pfleger beschäftigten und denen zu Gemutheiten gegen Pfleger aufgeföhrt wurde. Auf Pfleger als gefälschter Adressat wurde bezogen.  
Die Folgen der gefährlichen Verleumdung waren, daß Pfleger einmal schwer von den kommunistischen Kommissaren verprügelt wurde.  
Pfleger strengte Privatklage gegen Kugel an.  
Das Gericht verurteilte Kugel wegen schwerer Verleumdung zu 800 R. Strafe.

# Bereinfachung der Wohlfahrtspflege

## In Sachsen wird kein Calmette-Verfahren angewendet

Zur Erleichterung einer umfangreichen Tagesordnung waren die Mitglieder des Landes-Wohlfahrts- und Jugendamtes am Mittwoch nach Dresden gefahren.

Das Landes-Wohlfahrts- und Jugendamt ist Landesjugendamt im Sinne des § 12 des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922 und ist gebildet auf Grund der Paragraphen 14, 15, 16, 17 des Sächsischen Wohlfahrtspflegegesetzes vom 28. März 1925. Seine Aufgabe ist es, die Pflege der öffentlichen Wohlfahrt, einschließlich der Jugendwohlfahrt, zu leiten.

Ein wichtiger Beratungspunkt war die Stellungnahme zur Rotterordnung der Regierung über die Änderung des § 20 des Sächsischen Wohlfahrtspflegegesetzes. Diese Rotterordnung wird als Verwaltungsvereinfachung bezeichnet; soll doch dadurch allen unterworfen werden, daß jährlich rund 40000 Aktienstücke zwischen den einzelnen Wohlfahrtsämtern hin- und herwandern. Inwieweit soll an Stelle des bisherigen Abrechnungsverfahrens den Bezirksverbänden indessen ein Pauschalbetrag überweisen werden.

Über diese Rotterordnung ist in unserem Blatte bereits gleich nach Veröffentlichung derselben das Wesentliche mitgeteilt worden.

Das Landes-Wohlfahrts- und Jugendamt hatte Stellung zu nehmen zur Verteilung der in der Rotterordnung festgesetzten Pauschalsumme sowie zur Regelung der Frage der Ausweisung von dauernd hilfbedürftigen Ausländern.

Hg. Genosse Wehle betonte, daß die SPD jeder vernünftigen Vereinfachung der Verwaltung zustimme, daß aber durch diese Rotterordnung die Bezirksfürsorgeverbände finanziell stark benachteiligt würden, weil nach dem Zahlenmaterial der kommunalen Spitzenverbände die von der Regierung eingeföhrte Pauschalsumme nicht ausreichte ist. Ebenso warnte sich Genosse Wehle gegen die dreijährige Pauschalregelung. Zur Frage der Ausweisung von dauernd hilfbedürftigen Ausländern unterrichtete er den Vorsitzenden des Berichterstatters, den Reichsverband für Landesjugend- und Wohlfahrtsamt als Höchst- und letzte Instanz einzusetzen. Genosse Ullig, Kaderbegleiter, unterrichtete die Ausführungen Wehles, auch er legt sein finanzielles Standpunkt aus die schwersten Bedenken gegen die Rotterordnung.

Folgendes Gutachten wurde nach längerer Aussprache einstimmig beschlossen:

1. Die Pauschalsumme ist so zu gestalten, daß eine Schädigung der Bezirksverbände auch bei künftiger Kostensteigerung vermieden wird.
2. Die Verteilung der Pauschalsumme innerhalb der Bezirksverbände soll diesen selbst überlassen bleiben, jedoch mit der Maßgabe, daß die durch Ausländer und Wanderarme be-

sonderte bedacht werden.  
2. Bei Vermögensveränderungen in Ausweisungsfällen dauernd hilfbedürftigen Ausländern können die Bezirksvereine (Reichshauptmannschaft, Bezirksfürsorgeverbände oder Kreisvereine) Beschwerde beim Landes-Wohlfahrts- und Jugendamt (Reichsverband) einlegen.

Eine Beschlussempfehlung über die Rotterordnung wurde, weil nicht zur Kompetenz des Landes-Wohlfahrts- und Jugendamtes gehörig, nicht vorgenommen, wohl aber betont, daß bei ähnlichen Fällen das Landes-Wohlfahrts- und Jugendamt vorher gutachtlich gehört wird.

Ministerialrat Prof. Dr. Thiele berichtete über die Tätigkeit folgender Pauschalstellen: Tuberkulose, Nervenkrankheiten und Alkoholismus.  
Genossin Hg. Schlag fragte, ob in Sachsen auch Calmette-Verfahren zur Anwendung kommen. Sie wurde von Prof. Dr. Thiele als auch vom Leiter des Landesjugendamtes, Prof. Dr. Weber, wurde betont, daß

das Calmette-Verfahren in Sachsen nicht angewendet wird, ebenso wird von Prof. Dr. Thiele mitgeteilt, daß die Kritik in der Rotterreform über die große Verbreitung der Nervenkrankheiten der Kinder im Vergleich mit Frankreich, teilweise sogar frei erfunden sei. Es ist die Zahl der angeborenen Siphilis im Annehmen.

Weitere Berichte wurden entgegengenommen vom Reichsverband für Landesjugend- und Wohlfahrtsamt.

In der Diskussion kam die Frage einseitiger Leistungen für alle Bezirksfürsorgeverbände, die Steigerung der Leistungen bei langanhaltender Reduzierung der Frage der Krisenfürsorgeempfänger und Wohlfahrtsleistungen zur Sprache.

Die Landesmilitärbehörde beantragte, die Angelegenheiten der Krieg- und Arbeitslosen, Rentner, Deutsch- Kriegswaisen und Kriegshinterbliebenen, sowie der Waisenvereine, Deutsche Arbeitervereine, Sächsische Arbeitervereine.

Sämtliche Anträge wurden abgelehnt.

Von verschiedenen Seiten, u. a. vom Ministerium, wurde angeregt, die Zahl der Mitglieder der verschiedenen Pauschalstellen zu reduzieren. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt, da es sich um eine Angelegenheit handelt, die auf der Ebene der Landesjugend- und Wohlfahrtsämter liegt. Dem Sekretär Riedbold, Studentat Müller, von unserer Seite, wurde mitgeteilt: 1. Bürgermeister Ullig, Kaderbegleiter, Landesjugend- und Wohlfahrtsamt, Dresden, Hg. August, Reichsministerialdirektor Dr. Mittel, angestimmt, die Wohlfahrtsämter in diesem Jahre ausfallen zu lassen.

# Zuchthausanträge im Neuhöflicher-Prozess

Dresden, 8. Juli. (Fig. Meldung.) Der Staatsanwalt beantragte am Dienstag im Neuhöflicher-Prozess gegen den Angeklagten Schuberth wegen Raubes mit Todesfolge 10 Jahre und gegen Popp wegen des gleichen Verbrechens 8 Jahre Zuchthaus. Außerdem forderte er für beide Angeklagten die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren und wegen Gemeingefährlichkeit die Stellung unter Polizeiaufsicht.

Am Dienstag kamen zunächst die Sachverständigen zu Worte. Professor Fischer, der infolge einer Erkrankung in seiner Wohnung vernommen worden war, kommt in seinem Gutachten im Gegensatz zu den anderen Sachverständigen zu dem Schlusse, daß Frau Neuhöflicher den Ersttötungsfall infolge Pöbels erlitten habe. Der Umstand, daß Frau Neuhöflicher noch längere Zeit nach dem Mörden gelebt habe, spreche nicht gegen diese Annahme.

Der Sachverständige Dr. Härtel, Arzt der Strafanstalt, beschlößt sich eingehend mit den geistigen Anlagen des Angeklagten Schuberth. Bei der Schilderung von Schuberths Selbstmordversuch meint der Angeklagte unaufrichtig, Dr. Härtel erklärt Schuberth für einen gutmütigen Menschen, der sich in hohem Grade von Stimmungen beeinflussen lasse. Im Gefängnis habe sich Schuberth auch mit einer bereits seit zehn Jahren geltenden Erbkrankheit beschäftigt. Er habe versucht, den Kraum vom fliegenden Menschen, der an den Armen Klagen habe, die durch einen an der Brust angebrachten Motor betriebe werden, zu verwirklichen. Schuberth sei ein Verräter, doch liege bei ihm keine Verheißung vor, die eine Verantwortung für seine Tat auslösche. Geheimrat Dr. Born, München, hält einen unmittelbaren Erfindungsstich der Frau Neuhöflicher nicht für vorliegend. Nach seiner Ansicht ist vielmehr der Tod durch Vergiftung wahrscheinlich.

In seinem Plädoyer geht Staatsanwalt Dr. Schöhl von der Freitstellung aus, daß das Verbrechen der beiden Angeklagten einwandfrei, also ein Zweifel an ihrer Täterschaft nicht zulässig sei. Kommerzienrat Neuhöflicher sei von dem schweren Verbrechen, in den er durch eine Verteilung ungeschicklicher Umstände gekommen sei, erfolglos gereinigt. Die beiden Angeklagten hätten es auf einen Selbstmord in der Villa Neuhöflicher abgesehen, und bei dieser Tat habe ein Mensch seinen Tod gefunden. Das Verbrechen sei von den beiden Angeklagten in Mitleidenschaft ausgezöhrt worden. Bei der Strafbestimmung müsse man Schuberth mitberühmte Umstände wegen seiner psychopathischen Veranlagung zuzilligen. Erwidern sei allerdings keine vielen Vorstrafen im Gemicht. Als Strafmaßregelungsdarum bei Popp sei die Tatfache herauszuziehen, daß er sich von Schuberth habe verführen lassen.

## Das Urteil

München, 9. Juli. (Ein. Post.) Im Neuhöflicher-Prozess wurden die Angeklagten Schuberth und Popp am 8. Juli in sechs Jahren bzw. vier Jahren sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Das Urteil erging wegen Raubes des besonders schweren Raubes. Wegen der Minderjährigkeit des besonders schweren Raubes. Wegen der Minderjährigkeit des besonders schweren Raubes wurde zugleich auf 5 Jahre Ehrenrechtsverlust und wegen der Gemeingefährlichkeit des Angeklagten auf Polizeiaufsicht erkannt.

## Den Gatten wegen Todes angezeigt

Dresden, 8. Juli. (Fig. Dresden.) Die Gattin des Polizeihauptmann Otto Koch hat gegen ihren Gatten Anzeige erstattet am 19. Februar dieses Jahres den Bergwerksdirektor Dr. Krause in Radeburg in der Gegend von Radeburg erschossen zu haben.

Die ursprüngliche Annahme, daß Krause, der sich im Sommer einig betätigt, das Opfer eines politischen Verbrechens geworden sei, daß sich dabei als hollös erweisen. Allem Anschein nach mußte es sich vielmehr um einen persönlichen Mordakt handeln. In dieser Richtung geföhrt polizeilichen Ermittlungen, doch jedoch kein Ergebnis. Der jetzt von seiner Frau beschuldigte Otto Koch vom vorigen Sommer als Polizeihauptmann und Polizeihilfe bei der Sanktoridie beschäftigt gewesen und dann wegen Unrechtmäßigkeiten entlassen worden. Nach Angabe der Frau Koch soll ihr Mann den Bergwerksdirektor aus dem Hinterhalt erschossen und die Waffe in den Mühlgraben in Radeburg geworfen haben. Frau Koch hat die Anzeige nach einem eingehenden Verhör erstattet. Nach stellt die Tat einschließen in Radeburg. Es ist auch nichts Sachdienliches über ihn bekannt geworden. Einleitend ist er ins Gefängnis nach Radeburg gebracht worden.

Dresden, 9. Juli. (Fig. Post.) Die Sächsischen Landesjugend- und Wohlfahrtsämter Otto Koch hat zu der Entdeckung der Waffe in dem vom Krause herbeigeföhrt Mühlgraben geführt. Der Beweis der Täterschaft des verhafteten Angeklagten wird damit als gegeben erachtet.

## Rebellion im Buerer Eisenbahnprozess

München, 8. Juli. (Fig. Dresden.) Die Staatsanwaltschaft hat gegen das Urteil im Buerer Eisenbahnprozess Verurteilung eingeleitet. Der zu sechs Monaten verurteilte Reichsgerichtspräsident Fischer hat ebenfalls Berufung angemeldet.

## Lobesturz aus dem Ferienzeuge

Am Dienstag früh fiel aus dem Zentre zwischen Frankfurt (Ober) und Berlin ein etwa neunzehnjähriger Junge in einem von Breslau kommenden Fernverkehrszuge und erlitt schwere Verletzungen, daß er nach seiner Einlieferung in das Kaiserliche Krankenhaus starb. Die Reichsbahn hat eine Untersuchung eingeleitet.

## Das tödliche Rettungsfest

Studentin der Rechte aus Königsberg einige Meter tief in eine Gießereiwalze gestürzt. Ein Begleiter konnte die Gießereiwalze, die am Rettungsfest hing, zwar vor einem weiteren Vorwärtsschieben, sie jedoch nicht herabzulassen. Als endlich auf dem Rettungsfest im Hilfe vom Justizhofeisen kam und die Studentin ihren Brustkorb aufnahm, wurde sie durch einen Schlag in den Kopf tödlich verletzt.

## Wasserstände der Moldau, Eger und Elbe

Ort	17	18	19	20	21
Moldau	17	18	19	20	21
Eger	17	18	19	20	21
Elbe	17	18	19	20	21





„Sehr richtig!“ rief Watterfeld aus. „Gerade wollte ich das selbe sagen!“

„Nimmerhin“, fuhr Wienklos fort. „Konnte es doch eine solche Bande geben. Wir durchforschten alle Zeitungsanzeigen und fanden, daß fast gar nichts darüber bekannt war, was Hannaford in der Zeit zwischen seiner Ankunft in London und seinem Tode eigentlich getan hatte. Der einzige Mann, der darüber hätte Auskunft geben können — Granett — war tot: er war offenbar in der gleichen Weise wie Hannaford vergiftet worden. Es lagen aber Umstände vor — und sie werden Ihnen, meine Herren, wohl ebenfalls aufgefallen sein —, die dafür sprachen, daß Hannaford in London mit Leuten von zweideutigem Charakter Bekanntschaft gemacht hat. Ueber eins war ich mir jedenfalls klar, wenn die Bande oder Kaserne den Postbrief wirklich besaßen, dann konnten sie ihn nur durch Hannaford erhalten haben! Weinen Sie nicht auch?“

„Wir können das als ganz sicher annehmen“, stimmte Oetberwid zu. „Entweder direkt oder indirekt haben sie ihn von Hannaford.“

„Ich glaube, sie erhielten das Papier direkt durch ihn“, sagte Wienklos. „Wenn wir es mit einer Bande zu tun haben, dann ist nach unserer Theorie Kaserne wahrscheinlich ihr leitendes oder jedenfalls ein sehr tätiges Mitglied. Hannaford war vielleicht mit einem der Mitglieder von früher her bekannt und hat ihm am Abend seines Todes, als er mit ihm zusammen war, überhaupt erzählt, daß er die Identität der Madame Vistorelle mit Mrs. Whittingham entdeckt habe. Und dann vergifteten sie ihn — und ebenfalls der Sicherheit halber Granett —, um das Geheimnis für sich zu bewahren und an Madame Vistorelle und ihrer Schwester, der Lady Rivercroade, Erpressungen auszuüben. Das ist so im allgemeinen unsere Theorie — und der Grund, warum wir die Belohnung ausgesetzt haben. Wir wollten eigentlich alles für uns behalten

und erst mit wichtigen Beweisen zur Polizei gehen — aber jetzt wissen Sie ja alles. Vielleicht wird auch, wenn eine Bande vorhanden ist, ein Verräter dabei sein, der wegen der fünftausend Pfund seine Genossen anreizt, falls er sich selbst dabei herauszubringen kann; vielleicht werden sich die Dinge durch eine neue Wendung so entwickeln, daß wir Kaserne festnehmen können.“

„Ich wollte, Lady Rivercroade oder Major Penneux hätten ihn längst verhaften lassen“, sagte Watterfeld. „In diesem Falle —“

„Sie müssen sich erinnern, daß Kaserne niemals etwas

für sich selbst verlangt hat“, unterbrach ihn Watterfeld, „begehrte sich als einen Vermittler. Aber wir haben ihn in jedem Falle sicher — ein früherer Detektiv ist hinter uns.“

„In diesem Augenblick öffnet ein Knopfknäuel die Tür und trat mit einem Telegramm herein. Wienklos erhob sich, überließ seinen Inbalt und warf es mit einem ärgerlicher Entladung auf den Schreibtisch.“

„Von dem Detektiv!“ rief er aus. „Telegramm. Tadel. Er verweigert Kaserne, und Kaserne ist ihm entwichen!“

Am 22. im Jahre 1920 gegründeten Hochschule für Politik in Berlin wurde am Sonnabend zum erstenmal nach einem Examen, dessen Thema erst 4 Stunden vorher gegeben wurde, den Hochschülern **Ernst Jensch** (links), **Karl Marx** (Mitte) und **Martin Treple** (rechts) der Titel eines Dr. rer. pol. verliehen.



## Hinrichtung als Volksbelustigung

Von **Walter Brodt**

Am Bande des großen Strafrechtslehrers Peccaris, dessen mehrbändiges Werk „Schuld und Strafe“ die Grundlage der modernen Kriminalistik ist, hat Mussolini seinen die öffentliche Entrichtung wieder eingeführt. In dem entsprechenden Paragraphen des neuen italienischen Strafgesetzbuchs heißt es: „Der Richter kann nach freiem Ermessen bestimmen, ob die Hinrichtung auf offenem Markt vor allem Volke stattzufinden hat.“

Man hat bekanntlich im Jahre 1786 als erstes europäisches Land die Todesstrafe abgeschafft, ist also herrlich weit gekommen. Rückwärts geht man höchstens noch etwas weiter und führt auch die mittelalterlichen Todesstrafen wieder ein. Feuer, Schwert, Galgen, Kreuz, Säulen (Schnitten) und Hängen.

Im Altertum war man, wenn möglich, noch grausamer, obwohl es auch an Gegnern der Todesstrafe gefehlt hat. So berichtet uns Thodor Siculus, daß im alten Ägypten unter der Regierung der Pharaonen Nifanos und Sefanos die Todesstrafe gänzlich aufgehoben wurde. Nifanos begnügte sich damit, den zum Tode verurteilten Verbrechern die Nase abzuschneiden zu lassen, und Sefanos ließ sie nicht einmal verkrümmeln, sondern lediglich gefesselt zu öffentlichen Arbeiten verurteilen. Auch König Aeca in Indien, der im Jahre 226 v. Ch. starb, schaffte die Todesstrafe in seinem Lande ab, nachdem er seine Frauen, die er einmal bei seiner verführten Rückkehr in den Armen fremder Männer fand, in grauschiller Weise in einem großen Räder hatte lebendigen Leibes zerstampfen lassen.

dem Unglücklichen, wie der am 23. Oktober 1770 in Neubrandenburg hingerichteten Dorothea Wütterich, die nach vierzig Nachhaken noch lebte, einen Nagel in das Gehirn — noch im vorigen Jahrhundert wurde in Württemberg und anderen deutschen Staaten gerädert.

Gegen Halschmänger wandte man meistens die grausame Strafe des Siedens an. Ein Nürnberger Münzgeiß besagt jedenfalls, daß „wer an der goldenen oder silbernen Kränze prügig lunden worden, mit dem Messer an seinem Leibe gerichtet werden“ solle. Dabei wurde der gefesselte Delinquent in einen mit siedendem Wasser oder Öl gefüllten Kessel regelrecht zu Tode gesteuert. Später bestrafte man auch Giftmörder, Meißler und Händelverfälscher auf diese Weise. Auch die Strafe des Schindens wurde nicht selten gegen verächtliche Hebelster angewandt. Sie bestand in der Hauptache darin, daß man dem Delinquenten den nackten

Körper völlig mit Salz einrieb und die Haut dann am Leibe eine Methode, die verkommene Weiße später in Amerika gegen gefangenen Indianer anwandten (Galpieren).

Den Gipfelpunkt der Hölle stellte aber wohl die Strafe des Kadelstrichens bei lebendigem Leibe dar, die häufig gegen Kaufleute angewandt wurde. Den ihnen ausgesetzten Kadel nagelte man an einen angebohrten Baum und trieb die dort wohnsinnigen Schmerzen brüllenden Opfer mit Peitschen dazu an, so lange um den Baum herumzutrennen, ihnen die Eingeweide aus dem Leib herauszuwandern waren.

In unserer Zeit noch immer üblichen Kadelstrichens, dessen seit dem 18. Jahrhundert vollzogen, in der ersten Zeit mit Schwert und später mit dem Meißel. Am 17. Jahrhundert kam wohl wegen der vielen Waffenhinrichtungen — die „Kadel“ — Vorläuferin der französischen Guillotine, in Deutschland in Gebrauch. Das Handbeil verwendete man seltener und nur bei Hinrichtungen einzelner Personen.

Nicht das Predigen der Humanität, sondern das „Brot und Butter“, sagt Senne, „heißt schlimmer, wenn man viel und wenig tut.“ Kögen sich unsere Strafrechtsreformer dazu merken.

## Im Brooklyner Abend-Gymnasium

Von **Walter G. R. Treple**

Der Verfasser ist ein Dresdner Genosse. Im Besonderen heißt es: „Hoffentlich verlangt dieser Artikel einige meiner alten Freunde von den Naturfreunden“ sowie den Betriebsräten bei der Universität. J. R. Lehmann (Rechner und Zimmermann) und beim Pfingstfest, wie ein Lebensgenosse von sich zu geben.“ Walter Treple's Adresse ist Brooklyn (New York), 35 Starr Street, Vereinigte Staaten von Nordamerika.

schrieben standen, begann bereits Farbe zu gewinnen. Jugendlich schnell. Um 8 Uhr betrat die Seniors in zwei langen Reihen ein großes Auditorium. Die Kapelle der Tageshochschule in einem Marsch, und alle Leute, Schüler und Verwandte, erhoben sich bei dem Erscheinen der Professoren im Auditorium. Der Direktor nahm an einem kleinen Pult im Zentrum Platz. Als erstes sprach die amerikanische Nationalhymne gesungen und der Flaggengesprochen. Dann begrüßte den Großherzog im Namen der Seniors die Anwesenden. Er betonte in seiner Rede die Notwendigkeit der guten Erziehung für alle Volksschichten. Nach ihm sprach der Direktor über unsere Ausbildung aus, und forderte uns auf, auf dem Wege der Erkenntnis weiterzufahren. Seiner Rede folgten einige Musik-Vorlesungen. Dann sprach Senator Knelle. Knelle's Rede war von Freuden durchdrungen, als er 20 Jahre alt wurde. Er sprach des Widerstands gegen den Entset nicht ausgeprochen zu dem Knelle griff in seiner Rede die Korruption der Regierung an. Er hob hervor, daß ein Volk nur dann gedeihen kann, wenn jeder Bürger um die Vorgänge in der Regierung kümmert. Knelle's Rede war sehr interessant und durch ein treffliches Beispiel der menschlichen Gerechtigkeit, Knelle's Rede war sehr interessant und durch ein treffliches Beispiel der menschlichen Gerechtigkeit, Knelle's Rede war sehr interessant und durch ein treffliches Beispiel der menschlichen Gerechtigkeit.

In der Zeit vom 9. bis zum 21. Juni fanden die Abgangsprüfungen an der Brooklyner Evening High School (Brooklyner Abendhochschule) statt. Die Abende waren sehr, und die Prüfungen waren anstrengend. Nach einer der 100 Seniors (Oberprimaner) war auf unfernen Bühnen in die Prüfungen gegangen und sah den Ergebnissen mit zweifelhafte Gefühlen entgegen. Am 21. Juni rief Mr. Swanton die Seniors in Zimmer 318 zusammen, um die Namen der „Leberlebenden“ zu befestigen. Es herrschte Aufregung. Mr. Swanton fing mit dem Buchstaben A an, ging langsam die Liste dem Alphabet nach durch. Als der letzte Name bald verlungen war, brach ein Lagermeister los. „Die Sieger“, 98 an der Zahl, stiegen ein Freudenjubel aus, rissen sich gegenseitig die Kleider herunter, traten einer dem anderen in die Schenkel und warfen sich mit nassen Schwämmen. Mr. Swanton verfuhr, dem Höllelärm Einhalt zu tun. Er wurde aber gar nicht beachtet und zog sich, verständnisvoll lachend, in die Halle zurück. Ihm folgte die Schaar der Turmgefallenen und bekränzte ihn mit tausend Blüten. Er antwortete jedem geduldig. Der eine hatte verfallen wegen fehlerhaftem Englisch; der andere war schuldig in Lateinisch gewesen; ein dritter hatte zwei Mal in Mathematik gescheitert; und so fort. Die Trauer gegen die Unglücklichen ab. Sie mußten alle im September wiederkommen und noch ein Semester in dem Fach aufnehmen, in dem sie durchgefallen waren. In der 318 hatte sich inzwischen der Sturm gelegt und hatte vernünftigen Progen Platz gemacht. „Wohin gehst du jetzt?“ fragte einer. „Ich gehe nach Nordham, um das zu studieren.“ „Und ich gehe auf die University of Alabama in die Bergwerksabteilung.“ „Dann reisen wir ein Stück Weges miteinander, denn ich gehe nach California, um Redigian zu studieren. Am Ofsen hier waren die Universitäten alle überfüllt; keine Hoffnung, anzukommen.“ „Was machst denn du, Deutscher?“ „Oh, ich habe die Nase voll von der täglichen Mühseligkeit. Ich gehe einmal die Woche abends auf die City College of New York und studiere schon gemächlich Philosophie. Das hat mich schon immer angezogen.“ „Da müchtest du sein Deutscher sein! Vielleicht hören wir bald von einem neuen Nietzsche?“ „Über von einem verbesserten Karl Marx. Die Worte brauchen wir notwendiger.“

berücksichtigt man die Zeit, in der die Menschen damals lebten, so muß man immerhin anerkennen, daß sich selbst bei diesen — nach unseren heutigen Begriffen „Heiden und Wilden“ — die Hinrichtung durchführte, die Todesstrafe sei unethisch, unbillig und mit den Naturgesetzen nicht im Einklang zu bringen. Das sollte uns heute zu denken geben, wenn auch sonst im Orient und bei den alten Ägyptern, deren Gesetze und Bücher ja zum größten Teil von den Christen übernommen wurden, die Todesstrafe in der gräßlichsten Art und Weise vollzogen wurde. — So heißt es z. B. in der Bibel, 2. Buch der Makkabäer 7, 7: „Die gegen ihm Haut und Haare ab“ und Sprüche Salomo XXVII, 2: „Wer andern eine Grube gräbt, der wird hinein fallen.“ Der letzte Spruch bezieht sich auf die bei den Juden damals allgemein übliche Todesstrafe des „Lebendigbegrabens“. Diese Strafe wurde auch von den anderen orientalischen Völkern und Persern, Türken und Chinesen bis in die Neuzeit hinein verhängt. Bei der französischen Fremdenlegation soll sie noch heute, wenn auch in etwas gemildeter Form, üblich sein und häufig vollzogen werden. — Sonst kannte man im Altertum noch die grausame Strafe des Zerlegens bei lebendigem Leibe, das Zerhacken, Kreuzigen, Steinigen, Baumhängen oder der Delinquent wurde nach mit seinen Füßen an zwei aufsenangelegene Balken gebunden, die man dann so schnell lieg, daß der Körper in zwei Teile zerissen wurde). Ferner das Wenden, Abschlagen von einem hohen Reifen, Zerhacken der Glieder bei lebendigem Leibe und das Werfen in eine Stachelgrube. Außerdem konnten noch Exzessstrafen verhängt werden. So wurde der römische Feldherr Marcus Atilius Regulus nach in eine innen mit Nägeln besetzte Lonne gepreßt und dann einen Reig hinunter gestößt. — Plutarch meinte zwar, daß diese Strafe „allein die Hochvergehung zum Zweck haben“, aber die großen Weisheitslehren Plato und Aristoteles, die festige Gegner der Todesstrafe waren, traten ihm energisch entgegen. — Sehr schlimm sah es mit der Todesstrafe nach dem Zusammenbruch der ersten deutschen Revolution des Bauernkrieges aus, denn da wurden, wie Frau von Söding in ihren Memoiren schreibt, „die Bauern nicht müde, sich hängen zu lassen.“

Aber nicht nur gehetzt, sondern auch schändlich gemacht wurden sie. Der Rottenmacher, der nichts weiter getan hat, als daß er, als die Bauern den gefangenen Grafen von Helfenstein durch die Spitze jagten, diesem in seinem Hebermut lustig pfeifend voranzog, wurde, wie B. Zimmermann in seiner Geschichte des Bauernkrieges berichtet, auf folgende Weise hingerichtet: „Truchsel Georg von Waldburg ließ ihn mit einer eisernen Kette so an einen Apfelbaum in Lager anbinden, daß der Pfeifer zwei Schritte um denselben laufen konnte. Dann befaß er, irrendes Holz herbeizubringen, das er anderthalb Klafter vom Baum herumlegen ließ. Er selbst, Graf Friedrich von Hürtenberg und die anderen Grafen schlepten Scheiter herbei, die angezündet wurden. Es war Nacht; die Sterne gingen herauf am Himmel. Um den gebundenen Pfeifer im Ring stoboladen die Elen, und der Holzstoß schlug in Flammen auf, in dessen Feuer der Unglückliche, den Herren zum Gelächter, schnell und schneller herumließ, sein langsame abtraten. Lange lebte er, schweißend und brüllend vor Qualen; Silber des Entsetzens, weiß wie Stein, fanden die andern Gefangenen. Endlich schrie er und sank zusammen. — Wie man damals gegen Peute bogging, die es gewagt hatten, sich irgendwie gegen die Person des Königs zu verhalten, zeigt uns Casanova in seiner Erzählung über die Hinrichtung des schwachmünnigen Robert Francois Lamens, der 1757 König Ludwig XV. mit einem Federmesser getötet hatte. Dieser Unglückliche wurde zunächst eine halbe Stunde mit glühenden Jangen gerissen und dann mit hochendem Öl und Pech übergossen. Nachdem das geschehen war, befestigte man seine Arme und Beine auf vier Pferden und trieb die Tiere nach vier Richtungen auseinander. Aber so sehr die Pferde auch zogen, sie vermochten wohl den Körper zu unglaublicher Länge auszu dehnen, aber nicht, ihn zu zerreißen. Die Kerze mußten also nachhelfen und die Sehnen unter den Armen und Hüften zerhacken.

Reim Häbern — eine Strafe, die man sogar gegen Solchliche anwandte — kam es häufig vor, daß der Delinquent noch längere Zeit mit gedrohenen Rippen lebte; in solchen Fällen trieb man

Ein Hinata des Schwarzen Meeres. Nach einer bekannten russischer Archäologen soll sich eine große, sagenhafte Stadt, die von den Russen überfüllt wird, auf dem Reesboden des Schwarzen Meeres befinden, und zwar ein hundert Meter vom Ufer des Meeres entfernt. Diese Stadt wird eine russische Expedition ausbrechen, um unter dem Kommando eines griechischer Wissenschaftler der Universität Athen auf der Reesboden vorzugehen, und zwar werden 2000 Mann moderner Ausrüstungen ausgesandte Taucher die bereits mächtig festgelegte Reesboden genau untersuchen. Bei ruhiger See soll man mit dem bloßen Auge klar und deutlich die Ausmaße der allerdings völlig verfallenen Stadt sehen.

Verantwortlich: **Paul Schumann, Dresden.**



# Kommunisten und Betriebsrätewahlen

### Alle Hoffnungen aufhoben geworden

SPD. Während der Betriebsrätebewegung kam die kommunistische Presse aus den Siegfestern fast nicht mehr heraus. Jetzt, nach Abbruch der Betriebsrätewahlen, herrscht bei den großen Strategen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition gedämpfte Stimmung. Die glorreiche Taktik, die zu angeblich so großen Erfolgen führte, wird wieder einmal abgeändert — die schon tausendmal abgegebene Parteilinie wird wieder einmal abgelesen. Ist man also in der Zentrale mit den Riesenerfolgen nicht zufrieden? Die Hoffnungen und Pläne Moskaus scheitern auch in der Zeit tiefer Arbeitslosigkeit in Deutschland noch immer nicht in Erfüllung gehen zu wollen.

Der Kajaenjammer der Revolutionären Opposition trat deutlich in der vor kurzem stattgefundenen Stellungnahme des Politischen Büros des ZK zur Betriebsrätefrage zutage. Das Büro kam zu dem Ergebnis, daß die diesjährigen Wahlen ein Teilerfolg seien. Da die Linie der Partei genau durchgeführt und für die Tätigkeit der Opposition in den Betrieben eine Grundlage geschaffen worden sei, habe man Erfolge buchen können. Die Kommunisten hätten in rund 700 Betrieben die Herrschaft erlangt, hauptsächlich im Ruhrgebiet und im Oberelbsaß, wo die Mehrzahl der Arbeiter unorganisiert und die Parteiparole am stärksten durchgeführt worden sei. Die kommunistische Opposition sei in etwa 1200 Betrieben mit etwa 7000 Betriebsräten ausschlaggebend. Man könne diese Betriebe aber nicht zum Kampfe führen, weil die Funktionäre fehlten, die die Verbindung mit der Masse der Belegschaft herzustellen hätten. In den gewerkschaftlich organisierten Betrieben müßten gute Vertrauensmännertypen gebildet werden. Ohne diese könne man den Reformismus nicht mit der notwendigen Aktivität entgegenstellen. Die Parteiparole, revolutionäre Betriebsvertrauensleute zu wählen, sei wohl stark durchgeführt worden, allein — entgegen den Parteilinien — in der Höhe, statt von den Belegschaften.

Die KPD-Funktionäre haben sich also wieder einmal einer falschen Linienauffassung schuldig gemacht. Sie konnten einem leid tun. Wie sie es machen, ist es falsch. Die richtige Linie richtig zu erfüllen, ist in der KPD keine Kleinigkeit. Trotzdem ist nun schon wieder eine neue Verbiegung der Parteilinie beabsichtigt, wie in der erwähnten Stellungnahme des Politischen Büros zur Betriebsrätearbeit mitgeteilt wurde. Verschiedene Abweichungen sind bereits vorgenommen worden. So ist die ursprüngliche Selbständigkeit der kommunistischen Betriebsrätebewegung beseitigt worden. Die Betriebsräteopposition ist jetzt gekommen mit den Erwerbslosenanschlüssen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) angeschlossen. Es finden nur noch gemeinsame Versammlungen der roten Betriebsräte und der RGO-Funktionäre statt. Der revolutionäre Betriebsräteauschuss und die Bezirksausschüsse sind aufgehoben. Der ehemalige Vorsitzende Hein. W. d. R., soll wegen Unfähigkeit kassiert und durch Wachtel ersetzt werden. Alle roten Betriebsräte und Vertrauensleute sollen sich mit der oppositionellen Belegschaft kollektiv der RGO anschließen. Diese bekommt die Aufgabe, die notwendigen Arbeiten durchzuführen und die roten Betriebsräte in ihren Dienst zu stellen. Die oppositionellen Betriebsräte und Vertrauensmänner sind zum Abonnement auf die oppositionelle Gewerkschaftspressen verpflichtet und haben monatlich 20 Pf. an den Kampffonds der RGO zu zahlen. Ebenso haben sie laufend eine scharfe Kampagne in den Betrieben für den Anschluß an die RGO zu führen. Schließlich ist die Bildung von Betriebsgruppen und die Wahl von Gruppenleitungen vorzunehmen, deren wichtigster Auftrag der Vertrieb der revolutionären Presse und der Agitationsfondsarbeiten ist.

Auch die Taktik, die angeblich bei den Betriebsrätewahlen so phänomenale Erfolge aufzuweisen hatte, will das Politische Büro ändern. Die Aufstellung eigener Listen mit Hilfe der Unorganisierten, so hieß es in der Besprechung des Politischen Büros, habe im ganzen Reich zahlreiche Besatzungen erfahren. Im Politischen Büro ist man der Meinung, daß eine Änderung der Taktik unvermeidbar ist.

Die Stellungnahme des Politischen Büros verrät deutlich, was von den kommunistischen Aufschneidereien über ihre Erfolge bei den Betriebsrätewahlen zu halten ist. Nach den kommunistischen Feststellungen soll die Opposition in 700 Betrieben die Herrschaft haben und in etwa 1200 Betrieben ausschlaggebend sein. Dabei gibt es in Deutschland nach der Betriebsrätebildung des Jahres 1929 über drei Millionen

Betriebe, wovon, schlecht gerechnet, mindestens zwei Millionen Betriebsverrichtungen besitzen. Zu beachten ist, daß sich die Kommunisten über die Größe und Bedeutung der von ihnen „beherrschten“ Betriebe vollkommen ausschweigen. Warum? Weil der kommunistische Einfluß in der Mehrzahl der Großbetriebe gleich Null ist.

## Der Anflug der Beratungsstelle

### Wie denkt man sich die Regelung der privaten Anleihen?

Die neuen Richtlinien für die Beratungsstelle, die jetzt im Wortlaut vorliegen, wollen den für die Anleihepolitik der Gemeinden bestehenden Kontrollapparat nicht beseitigen, sondern ihn verschärfen und verengen. Nach den Richtlinien sollen die neuen Vereinbarungen, die zwischen Reich und Ländern vorgeschlagen werden, bis zum 1. April 1931 gelten; ihr Ziel ist es, aus der bisherigen weitläufigen und in mancher Beziehung umgehungen ermöglichenden Regelung eine feste Kanonarie für die Gemeinden und für die öffentliche Wirtschaft zu machen. Dadurch, daß neben den Auslandsanleihen auch die Inlandsanleihen, werden den langfristigen Anleihen auch die kurzfristigen, neben den Gemeinden selbst auch die Versorgungsbetriebe mit eigener Rechtspersönlichkeit, auf die die Gemeinden maßgebenden Einfluß haben, einbezogen werden sollen.

An der Spitze der Richtlinien steht es: „Gemeinden dürfen Geldmittel im Wege des Kredits nur bei außerordentlichem Bedarf und im allgemeinen nur für Ausgaben zu werbenden Zwecken beschaffen.“ „Werbende Zwecke“, das sind nicht nur der Spracherwerb, sondern bei denen eine unmittelbare Rentabilität gesichert ist. Die Anleiheaufnahme — und zwar gilt das gleichermaßen für den Inland- wie für den Auslandmarkt — würde danach alle angefallen werden etwa für den Ausbau von Verkehrsanlagen, für Anfall der Gesundheitsfürsorge, für Schulen usw. Das alles sind Zwecke, bei denen nach einer gesunden Finanzpolitik nichts gegen die Anleiheaufnahme spricht, aber werbende Zwecke sind es nicht.

In Bezug auf den kurzfristigen Kredit heißt es: „Gemeinden dürfen — abgesehen von vorübergehenden, binnen längstens 6 Monaten aus laufenden Einnahmen abzudeckenden Kassenkrediten — Geldmittel im Wege des Kredits, wenn die Laufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, nur dann aufnehmen, wenn die Rückzahlung bei Fälligkeit von vornherein gesichert ist.“

Diese Formulierungen zeigen doch ein Maß von Mißtrauen, das jede freie Bewegung der Kommunalverwaltungen erschweren müßte.

Die Landesregierungen werden ihren Einfluß dahin geltend machen, daß Versorgungsbetriebe mit eigener Rechtspersönlichkeit, auf deren Geschäftsführung Gemeinden maßgebenden Einfluß haben, Anleihen nur aufnehmen, wenn die Landesregierung sie für bedenklos erklärt hat. In diesem Sinne sollen entsprechende Satzungsbestimmungen bei den betreffenden Gesellschaften eingeführt werden.

Bei den Auslandsanleihen bleiben an sich die Richtlinien vom 21. Oktober 1927 in Geltung, aber auch hier werden die Versorgungsbetriebe der Kontrolle mit unterworfen.

Es ist immerhin charakteristisch, daß all diese neuen Vorschriften zur verschärften Anleihepolitik der Gemeinden ausgearbeitet und vorgelegt worden sind, ohne daß man es auch nur für notwendig hielt, die zentralen Organisationen der Gemeinden selbst zur Beratung heranzuziehen, und ohne daß man daran gedacht hätte, die Regelung aufzubauen auf den Eigenorganisationsmaßnahmen, die sich die Städte im letzten Jahre durch ihre Kreditausschüsse gebildet haben.

Man will, so heißt es, den Kapitalmarkt planmäßig regulieren, aber man muß sich doch bewußt sein, daß auf

der Rückseite dieses Marktes nicht nur die Käufer und Verkäufer und die öffentlichen Versorgungsbetriebe stehen, sondern genau so die Gesamtheit der privaten Unternehmungen, zu denen auch die unmittelbaren Konsumbetriebe der öffentlichen Versorgungswirtschaft gehören. Glaubt man schon auf diesem Gebiete planwirtschaftlich treiben zu können, so würde man doch mindestens die gesamte Nachfrageseite erfassen. Man müßte mindestens für langfristige Anleihen im Inland und im Ausland die private Wirtschaft dem gleichen Richtlinien zuzwangweise unterwerfen, die für das Schuldenwesen der Gemeinden aufgestellt werden.

Von einem solchen Versuch ist in den Richtlinien nicht zu sprechen. Nur mit Plandirektiven werden Verhandlungen vorgegeben. Das scheint uns deutlich zu zeigen, daß es nicht nur zur planwirtschaftlichen, sondern das Gegenteil vom Ziel ist die öffentliche Wirtschaft, was den Verfassern der Richtlinien die Feder geführt hat.

Man muß nun mindestens fordern, daß die Anleihen der privaten Wirtschaft dem gleichen Kontrollapparat unterworfen werden wie die Anleihen der Gemeinden und der öffentlichen Versorgungsunternehmen.

## Rundfunk

### Stundtischprogramm Leipzig (259) und Dresden (319)

- Dienstag, 10. Juli.**  
 14.30: Hörsaal von Bad Gottleuba und Bad Berka; Kette, Leipzig.  
 15.00: Hörsaal von Bad Gottleuba in Bad Gottleuba; Kette, Leipzig.  
 16.00: Dr. Hans Arge: Rundfunkgesetz.  
 16.30: Rundfunk: Konzert.  
 18.00: Querschnitt: Dr. Sieber: Erste Hilfe im Notstand.  
 18.30: Spanisch.  
 18.45: Steuerberatung.  
 19.00: F. Köberl: O. Wehmann: Schrebergärten u. Arbeiterwohl.  
 19.30: Stammtisch von Robert Heß eigene Rundfunkstation.  
 20.00: Neues Theater in Leipzig: „Victoria und ihr Sular“, Operette. Musik von Paul Abraham.  
 23.00: Rundfunk, Zeit Weiler.

### Deutsche Welle 1635.

#### Deutsche Welle, Donnerstag, 10. Juli.

- 10.35: Mittel, des Bundes der Grenz- und Randgemeinden.  
 15.00: Georg Esser: Deutsch für Ausländer.  
 16.00: Berlin: Nachmittagskonzert.  
 17.30: H. Edmund: Die verschiedenen Kulturen und Sittenaufgaben in der Rundfunk.  
 18.00: Journalist Hermann: Vom Für und Wider im bestmöglichen Strafvollzug.  
 18.30: Dr. Reinberg: Politische Welt im Spiegel russischer Kultur.  
 19.00: Dr. Reiter: Reisen anno domini.  
 19.25: Dr. Andre: Die Buchführung als Grundbaustein des wirtschaftlichen Betriebsablaufes.  
 20.00: Wovon man lebt.  
 20.30: Tansuik, Raquel Ostar Jock.  
 Danach: Abendunterhaltung.

### Gewerkschaftsgenossen! Werdet Mitstreiter der SPD.

## Annähfüße

für Damen, Herren u. Kinder, schwarz und farbig, in Wolle und Baumwolle. Annähen auf einer Spezialmaschine gratis, gleich zum Mitnehmen.  
**Paar 30, 45, 55, 65, 100 Pfg.**  
 Für Halbschuhe werden die Fülllinge auf Wunsch als Sohlen eingnäht.

**Richter**  
 Rosestraße Ecke Annaberger  
 Straßenbahnweg 7, 8, 10, 15, 20, 26.

## Autoschule



**E. Schmidt**  
 Freital - P.

Telephon Freital 1134  
 Tel. Dresden 1954  
 Wohnung: Pestalozzi-Str. 1  
 Ecke Pfälzer Straße  
 Günstigste Bedingungen  
 Auf Wunsch Abholung

### Freilichttheater der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1930

- Leitung: Anne Schlicht**  
 10. Juli, 19 Uhr:  
**Kosel Schmidt, Kurtz**  
 Schwed. Hellegymnastik:  
**Unsre Winzigen turnen**  
 Märchenwald und Vogelwiese  
 Probe: RM 1.—, —,50  
 Abends 1/9 Uhr:  
**Hermex u. Cortez**  
 Illusions-Komiker  
 Lachen ohne Ende  
 Probe: RM 1.50, 1.—, —,50

**Treffpunkt Vogelwiese**  
 Straße 5  
 im „Privat-Hotel“  
 Mobilzimmer zu vermieten 17  
 Schram, Hellerkeit  
 In der Mitte der  
 Hauptstraße 3.

**DER BÜCHEREI**  
**ZAHLSTELLE**  
**VOLKSBUCHHANDLUNG**  
**DRESDEN**  
 Wettinerplatz 10.

**Stempel-Walther**  
 Einziges Stempel in der Welt  
 — Amalienstr. 21 —  
 Dr. Brüderg. 28

**Buchdruckerei**  
 Werkzeuge liefert  
 Der Große Verlag  
 Dresden, Pilsa 1

# INTERNATIONALE HYGIENE-AUSSTELLUNG DRESDEN 1930

VERANSTALTUNGEN VOM 9. JULI BIS 13. JULI 1930

<b>Mittwoch 2. Juli</b>	15-17 Uhr:	Sächs. Technische Hochschule: Vorträge der allgemeinen Studentenschaft, Handballwettkampf
	17-20 Uhr:	Jahren der Korporationen, Stadion
	18-19, 19-21 Uhr:	Dresdner Philharmonie, Konzertsäle
	20 Uhr:	Gezankkonzert des Dresdner Orchesters, Konzertplatz
<b>Donnerstag 10. Juli</b>	18.30-19.30 Uhr:	Militärkonzert, Internationales Restaurant
	19.30-22.30 Uhr:	Dresdner Philharmonie, Konzertplatz
	19.30-22.30 Uhr:	Elitkonzert der Dresdner Philharmonie, Konzertplatz
	19.30 Uhr:	Größer Leber-Abend, Kapellmeister Donath, Berlin, als Gastdirigent
	19.30 Uhr:	Internationales Restaurant (8-8 Jahre) turnen, Schwedische Hellegymnastik, Rosel Schmidt, Berlin, Theater am Platz der Nationen, Preise RM. 1.—, 0.50
	20 Uhr:	Vortrag: Dr. med. M. Franke: „Die Frau und die Hygiene-Probleme von heute“, Großer Saal des Hygiene-Museums
	20.30 Uhr:	Hermex und Cortez, Illusionskomiker, Lachen ohne Ende, Theater am Platz der Nationen, Preise RM. 1.50, 1.—, 0.50
<b>Freitag 11. Juli</b>	14.30-12.30, 19.30-22.30 Uhr:	Sächs. Technische Hochschule: Korporationsturnen, Sondervorträge, Studierende der turnerisch-wissenschaftlichen Richtung, Kugelhausplatz
<b>Sonntag 12. Juli</b>	11.30 Uhr:	Vortrag: Dr. Ebert: „Zukunftsaufgaben des deutschen Obst- und Gemüsebau unter besonderer Berücksichtigung der Gemeinschaftsarbeit.“ Vortragssaal im Schwannengebäude des Landwirtschaftl. Gehöfts
	17-19, 20-22 Uhr:	Kaufmann-Orchester, Konzertplatz
	17.30 Uhr:	Dresdner Philharmonie, Internationales Restaurant
	18.30 Uhr:	Bestreikgruppe Dresden des Allgemeinen Deutschen Rotweilner-Klubs, Vorführung von Polsterbänden auf einer Koppel vor der Gaststätte in der Gruppe Landwirtschaftl. Polsterbänden
	18.30 Uhr:	Tenne Louise von Westerbagen, neues Programm, Am Flügel: Nina Neidhardt, Theater am Platz der Nationen, Preise RM. 2.—, 1.—, 1.—
<b>Sonntag 13. Juli</b>	14.30-18.30, 19.30-22.30 Uhr:	Kappell-Orchester, Konzertplatz
	20.00 Uhr:	Aburda Comica oder Herr Peter Squans, Scherzspiel von Andreas Gryphus, Spielleitung Max Eckhardt, Theater am Platz der Nationen, Preise RM. 2.—, 1.—, 1.—

**Leitungsproben im Kugelhaus u. im Turm der Internat. Restaur.: Konzerte u. Vorträge (18.11-12, 18-19) Uhr im Lichtspielhaus Vorführung wissenschaftlicher Lehr- und Werbefilme. Eintritt frei, täglich 11.30-22.30 Uhr**  
**Jeden Dienstag u. Freitag 16 Uhr praktische Vorführungen über Kinderpflege in der Gruppe „Das Kind“**  
**Internationales Restaurant: Täglich Tans im Freien und im Wiener Café**  
**Geldlotterie: Lose RM. 1.—; Gewinne bis RM. 3000.— in jeder Serie**  
**Glockenspiel des Dresdner Anzeigers in der Hundert-irrenen-Straße**  
**im Städt. Planetarium Vorführung täglich 17.30 Uhr: „Der Himmel der Tropen und südliche Breiten“, 8.30-10.00 Uhr**  
**Ausstellungsbahn im Betrieb ab 11 Uhr mit 20-Minuten-Verkehr in jeder Richtung ab Endstation: 11.00, 11.30, 12.00 usw. bis 22.00 Uhr, Fahrpreis RM. 0.50, Hin- und Rückfahrt RM. 0.80**  
**Dauerkarten: RM. 15.—, 12.—, 8.—, 5.—, Tageskarten: bis 12 Uhr RM. 2.— (Sonntags RM. 1.50), ab 12 Uhr RM. 1.50 u. 1.—, ab 18.30 Uhr allgemein RM. 0.50 und 1.—**  
**Kermis-Karten und Zeitkarten für Kongresse, Vereine, Verbände, Großbetriebe, Näheres Kartenausgabe**  
 Die Ausstellungshallen sind geöffnet von 9-19 Uhr, die Gast- und Vergnügungstätten bis 1 Uhr nachts

## INTERNATIONALE HYGIENE-AUSSTELLUNG DRESDEN 1930

## Neue Millionen für Eigenheime

Am 27. Juni 1930  
 erhielten von der G. d. F.  
 wiederum 691 Bauparer 10,54  
 Millionen Reichsmark zum Bau oder Kauf  
 von Eigenheimen, sowie zur Hypothekendarlehen  
 zur Verfügung gestellt; in 54 Jahren 8412 deutsche und  
 österreichische Bauparer insgesamt 141,8 Millionen Reichsmark,  
 Auch Sie können sich als Bauparer ein unkündbares Darlehen zu  
 4 1/2 Zins — mit Lebensversicherungsschutz — verschaffen. Verlangen  
 Sie Aufklärungsschrift Nr. H 10 unter Angabe Ihrer besonderen  
 Wünsche bei der nächsten u. erfolgreichsten deutschen Bauparerkasse  
**Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot**  
 Gemeinnützige G. m. b. H. Ludwigsburg/Würt.  
 Geschäftsstelle Dresden, Semperstr. 8, Tel. 49008.